

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 7 Juli 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## *Arbeitsschutz* **Macht Polizei krank?**

### **In dieser Ausgabe:**

**Dienstrecht:**  
Zeckenbiss ist Dienstunfall

**Sommer-Preis Ausschreiben:**  
Wasserschutzpolizei-Kenntnisse gefragt

**Polizeitage:**  
Bedingungen verschlechtern sich

**Internationale Polizeiübung:**  
Einsatz in Askania

**Bereitschaftspolizei:**  
Der Bereitschaftspolizist ohne Wochenende wird auch weiterhin Bestand haben

**Junge Gruppe**

## **Zeckenbiss ist Dienstunfall**



Durch Zecken können Krankheiten wie Borreliose oder FSME übertragen werden. Das BVerwG hat nun den Zeckenbiss als Dienstunfall anerkannt.  
**S. 14**

## **Sommer-Preisausschreiben**



Wer gut über die Arbeit der Wasserschutzpolizei in unserem Land Bescheid weiß, kann einen unserer attraktiven Preise gewinnen.  
**S. 26**

## **Internationale Polizeiübung**



Im Brandenburgischen Lehnin fand im Juni die Europäische Polizeiübung European Police Forces Training (EUPFT 2010) statt. 16 Nationen stellten die insgesamt 317 Polizistinnen und Polizisten, die für den ersten Übungsdurchgang notwendig sind.  
**S.32**

<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Die Vertrauenskrise der Bundesregierung	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>5/21</b>
<b>TITEL/ARBEITSSCHUTZ</b> Macht Polizei krank?	<b>6</b>
Am besten, die gesamte Landesregierung steht dahinter	<b>11</b>
Physische Belastungen – zum Beispiel der Stuhl	<b>12</b>
<b>DIENSTRECHT</b> Zeckenbiss ist Dienstunfall	<b>14</b>
<b>POLIZEITAGE</b> Bedingungen verschlechtern sich	<b>18</b>
<b>POLIZEI-POETEN</b> Vom Hören fürs Schreiben lernen	<b>20</b>
<b>BEREITSCHAFTSPOLIZEI</b> Der Bereitschaftspolizist ohne Wochenende wird auch weiterhin Bestand haben	<b>22</b>
<b>WEITERBILDUNG</b>	<b>23</b>
Pflegesensible Arbeitszeiten/Israel-Seminar	
<b>DGB-FILMPREIS 2010</b> AIDS-Drama „Themba“ ausgezeichnet	<b>24</b>
<b>REZENSION</b> Kompendium erfolgreicher Verkehrssicherheitsarbeit	<b>25</b>
<b>SOMMER-PREISAUSSCHREIBEN</b> Wasserschutzpolizei-Kenntnisse gefragt	<b>26</b>
<b>PERSÖNLICHKEIT</b> Vizepräsident, Präsident und GdP-Mitglied	<b>29</b>
<b>EUROCOP</b> EuroCOP-Unterausschüsse bieten pragmatische Unterstützung	<b>31</b>
<b>INTERNATIONALE POLIZEIÜBUNG</b> Einsatz in Askania	<b>32</b>
<b>FRAUENGRUPPE (BUND)</b> „Chancengleichheit in der Polizei“ ist besonders wichtig	<b>37</b>
<b>JUNGE GRUPPE</b>	<b>38</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>

## Nachruf



**Thomas Gesk**  
\* 1958



**Gerd Ehler**  
\* 1954



**Torsten Ehrhardt**  
\* 1972

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um die Kollegen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Thomas Gesk, Gerd Ehler und Torsten Erhardt, die am 1. Juni in Göttingen in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen sind. Wir zollen ihnen Hochachtung und Respekt für ihre jahrelange schwierige und gefährliche Arbeit, die sie verantwortungsvoll und zuverlässig für das Wohl der Gemeinschaft ausgeübt haben.

Wir werden unsere Kollegen in ehrendem Gedenken behalten.

Unsere tiefe Anteilnahme gilt auch den Hinterbliebenen der drei Kollegen.

*Gewerkschaft der Polizei  
Der Bundesvorstand*

## Spendenaufruf

Am Abend des 1.6.2010 gegen 21.30 Uhr wurden bei einer geplanten Bombenräumung in Göttingen drei Kollegen getötet, zwei schwer verletzt und vier weitere leicht verletzt.

Die GdP Niedersachsen hat zugunsten der Hinterbliebenen und der schwer verletzten Kollegen ein Spendenkonto eingerichtet.

Sonderkonto Nr. 110  
SEB Bank AG  
BLZ: 250 101 11  
Empfänger: GdP Niedersachsen  
Kennwort:  
„Bombenräumung Göttingen“

Nach Abschluss der Spendenaktion am 31. Juli 2010 wird der gespendete Betrag in geeigneter Weise an die Hinterbliebenen und die schwer Verletzten übergeben.

*GdP Niedersachsen*

## SPRENGSTOFFANSCHLAG AUF POLIZEI:

### Linksextremistische Gewalt eskaliert

Mit einem Sprengstoffanschlag, bei dem 15 Polizeibeamte verletzt wurden, zwei davon schwer, hat die Eskalation der Gewalt durch Linksextremisten nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Anschlag wurde mit einem offenbar selbst hergestellten und noch unbekanntem Material gefüllten Sprengsatz aus einer Gruppe „autonomer Linker“ bei der Demonstration gegen die Sparpläne der Bundesregierung am Samstag in Berlin-Mitte begangen.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Unsere Kollegen vor Ort berichten, dass die Splitter die Schutzkleidung durchschlugen. Zwei Kollegen erlitten mehrere Zentimeter breite offene Fleischwunden an den Beinen, vom Stiefelschaft bis in die Leistengegend. Das waren Mordversuche.“

Scharf verurteilte Michael Reinke, stellvertretender Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Berlin den Anschlag. Reinke: „Damit erreicht die Gewalt gegen die

Polizei einen neuen Höhepunkt.“ Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei der GdP, Bernhard Schmidt, wünschte bei einem gemeinsamen Krankenhausbesuch mit dem Leiter der zuständigen Direktion, Michael Wilhelm, den Verletzten gute Besserung. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg fordert die Regierungsparteien auf, ihr gegenseitiges Blockieren aufzugeben und zum politisch verantwortlichen Handeln zurückzukehren: „Es ist zu begrüßen, dass nach diesem feigen Anschlag die Bundestagsfraktionen in einer Aktuellen Stunde über Konsequenzen aus der Zunahme von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aus der linksextremistischen Szene diskutieren. Doch dabei muss auch etwas herauskommen. Als größte Vertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands erwarten wir, dass die Regierungskoalition den Auftrag des Parlaments aufgreift und endlich die Gesetze der für die Polizei immer gefährlicher werdenden Lage anpasst.“ *red.*

## SPARPLÄNE:

### Soziale Schieflage

Als „widersinnig“ hat der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, die Absichten der Koalition bezeichnet, im Rahmen ihrer Sparpläne noch einmal bis zu 15.000 Stellen bei den Bundesbehörden einzusparen: „Die aktuelle Krise hat im Gegenteil deutlich vor Augen geführt, wohin ein Abbau des Staates zugunsten unkontrollierten Finanz- und Wirtschaftsgebarens führt. Wer jetzt neue Regeln zur Bändigung von Zockerei und Spekulation diskutiert und gleichzeitig die staatlichen Kontrollinstanzen personell aushungern will, straft sich selbst Lügen.“

Auch ein weiterer Abbau bei der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt sei für den Erhalt der inneren Sicherheit höchst riskant. Freiberg: „Die Polizei hat in den letzten Jahren 10.000 Stellen verloren. Darunter leiden natürlich nicht die Boni-Banker und die Politiker, sondern die Bürger, deren Alltag zunehmend unsicherer wird.“

*red.*





**PERSONENKONTROLLEN BEI DEMONSTRATIONEN:**

## Hürden höher gesetzt

Nur auf Grund einer Gefahrenprognose, die auf konkreten Anhaltspunkten basiert, darf die Polizei bei Demonstrationen künftig Personenkontrollen durchführen. Das hat jetzt das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss festgestellt.

Anlass war die Anmeldung einer rechten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung „Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ in Bielefeld. Die Polizei hatte die Auflage angeordnet, dass die Teilnehmer dieser geplanten Versammlung vor Beginn der Veranstaltung polizeilich durchsucht werden. Dagegen hatte der Veranstalter

geklagt, weil er sich in seinem Grundrecht der Versammlungsfreiheit verletzt fühlte. In dieser Auffassung bestätigte ihn letztinstanzlich das Bundesverfassungsgericht.

Der Umstand, dass bei der von dem Beschwerdeführer veranstalteten Versammlung Störungen der öffentlichen Sicherheit durch gewaltbereite linke Gegendemonstranten zu befürchten waren, so das Gericht, hätte den zuständigen Behörden Anlass sein müssen, zuerst gegen die angekündigten Gegendemonstrationen Maßnahmen zu ergreifen. Das durch gewaltbereite Gegendemonstranten drohende Gefahrenpotential sei der von dem Beschwerdeführer

veranstalteten Versammlung nicht zurechenbar. GdP-Bundvorsitzender Konrad Freiberg: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verlangt nun höhere Anforderungen an die Gefahrenprognose im Einzelfall, um die Durchsuchung von Demonstrationsteilnehmern nach Waffen zu rechtfertigen. Wenn rechtsextremistische Demonstrationen stattfinden und die Polizei die Teilnehmer kontrollieren will, so muss sie, so die Maßgabe des höchsten Gerichts, die Teilnehmer der Gegendemonstrationen, sofern Hinweise auf Gewaltbereitschaft vorliegen, mindestens genauso gründlich kontrollieren. Angesichts der Tatsache, dass rechten Demonstrationen oft hundert- bis tausendfach mehr Gegendemonstranten gegenüberstehen, wäre eine solche Maßnahme allein durch die notorische Personalknappheit bei polizeilichen Einsätzen nicht möglich.“ *red.*

**STUDIE „GEWALT GEGEN POLIZEI“:**

## Angriffe auf Polizisten müssen härter bestraft werden

Die Ergebnisse der Länderuntersuchung, die am 26. Mai 2010 vorgestellt wurden, belegen nun auch wissenschaftlich eine Zunahme brutaler Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Der Gesetzgeber muss endlich seine Hausaufgaben machen und auch mit abschreckenden Strafen diese Entwicklung stoppen.

Die vom niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann und dem Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitut Hannover e.V. (KFN), Prof. Dr. Christian Pfeiffer, in Berlin vorgestellten Ergebnisse der vom KFN im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ belegen eindeutig, dass der dienstliche Alltag für Polizeibeamtinnen und -beamte immer risikoreicher, brutaler und unvorhersehbarer wird. Vor allem in Ballungsräumen, wo sich Subkulturen verdichten und radikalisieren, muss jeder als Polizist erkennbare Beamte mittlerweile damit rechnen, anlasslos attackiert und schwer verletzt zu werden. Vor solchen Taten muss die Polizei auch durch eine wirksamere Abschreckung besser geschützt werden.

Die GdP drängt auf die Einführung eines Paragraphen 115 StGB, der einen Angriff auf einen Polizisten in jedem Fall bestraft. Die bisherige Regelung setzte voraus, dass sich der Beamte bei dem Angriff in einer „Vollstreckungssituation“ befindet. Unvermittelte Attacken auf nichtsahnende Strei-

fenbeamte im täglichen Dienst seien von der Strafbarkeit des bisherigen § 113 nicht erfasst.

Leider hat die Innenministerkonferenz bei ihrer aktuellen Zusammenkunft in Hamburg kein eindeutigeres Zeichen gegen die dramatisch zunehmende Gewalt gegen Polizisten gesetzt. Die Innenminister und -senatoren haben sich lediglich hinter den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Strafbarkeit von Gewalttaten gegen die Polizei geschaut. Der aber ist aus Sicht der GdP völlig unzureichend.

Der Hass und die Brutalität, die unseren Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst entgegenschlagen, sind auch ein massiver Angriff auf Staat und Gesellschaft. Hier müssen deutlichere Zeichen gesetzt werden. Wer eine



Polizistin oder einen Polizisten angreift, egal bei welcher Gelegenheit, dürfe nicht mit einer Geldstrafe oder Sozialstunden davonkommen, so GdP-Bundvorsitzender Konrad Freiberg. *red.*



# KOMMENTAR

## Die Vertrauenskrise der Bundesregierung

„Gurken-Truppe“, „Rumpelstilzchen“ und andere Schmähworte sind zum täglichen Sprachgebrauch innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung geworden. Man könnte meinen, dass dies einen gewissen Unterhaltungswert hat, Tatsache ist aber, dass der mittlerweile auf unterem Niveau angelangte

zwischenmenschliche Umgang in der Regierungskoalition ein Beleg für den Zustand der Regierung ist. Streit ist überall, Grundlinien der Politik sind nicht erkennbar, die Koalition ist angesichts der großen Herausforderungen völlig uneins, Konzepte zur Bewältigung der in kurzem Abstand aufeinanderfolgenden Krisen

sind nicht erkennbar. Die offenkundige Zerrüttung der schwarz-gelben Regierung-Ehe ist auch deshalb so gefährlich, weil nicht nur die großen Probleme unseres Landes kaum bearbeitet und schon gar nicht gelöst werden, sondern weil mit der offen zur Schau gestellten Regierungsunfähigkeit das Vertrauen der Menschen in Staat und Regierung untergraben wird. Aus der Geschichte unseres Landes wissen wir, dass die großen Krisen – wenn sie gemeistert wurden – immer die herausragende Zeit der Kanzler waren. Nicht umsonst sprechen wir auch von einer Kanzlerdemokratie, denn die Verfassung und unser politisches Selbstverständnis sind auf diese staatspolitische Figur fokussiert. Unser Land braucht jetzt die Führung durch die Kanzlerin, ihr stehen die verfassungsmäßigen Rechte zur Ausführung dieser Führung zu. Nur noch wenig mehr als 10 % der Bevölkerung haben Vertrauen in politische Entscheidungen. Dieser Wert ist besorgniserregend, weil er verdeutlicht, dass sich die übergroße Mehrheit in der Gesellschaft von der Politik abgewen-

det hat. Auch wir in der Gewerkschaft der Polizei können täglich miterleben, dass die Vertrauenskrise bislang kaum vorstellbare Ausmaße angenommen hat. Unsere Mitglieder erzählen uns, dass durch die dauernden sog. Reformen in Bund und Ländern keine Verlässlichkeit im beruflichen Alltag gegeben ist. Existentielle Fragen, wie das Ende des aktiven Dienstes oder die zu erwartende Höhe der Pension, sind nicht mehr planbar. Daraus resultiert große Verunsicherung, große Wut und ein enorm schwindendes Vertrauen in den Staat. Und wir auf der Ebene der Gewerkschaftsvorstände erleben, dass unsere Gesprächspartner in Parteien und Regierung zwar einerseits offen für Gespräche sind, aber andererseits keine verlässlichen Zusagen für welche Sachfrage auch immer abgeben können. Wir fragen uns daher immer öfter: Wer hat die Macht? Wer hat das Sagen in unserem Land? Die Regierung, Teile des Parlamentes, einzelne Akteure oder vielleicht niemand?

In jeder großen Krise liegt eine große Chance, sagt ein chinesisches Sprichwort. Der Zwang zur Haushaltssanierung in Bund, Länder und Kommunen böte die Chance zu einer tiefgreifenden Reform der Einnahmen- und Ausgabenpolitik. In einem großen Diskurs könnten wir jetzt darüber verhandeln, welche Leistungen der Staat auch in Zukunft gewährleisten müsste. Um in einen solchen Diskurs einzutreten, an dem auch die Gewerkschaften teilnehmen müssten, muss aber die Regierung ihre Hausaufgaben erledigen. Sie muss wissen, was sie will, sie muss klare Konzepte vorlegen, sie muss die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung erkennen lassen und sie muss vor allem eines tun, nämlich Vertrauen zurück gewinnen. Es ist nur auf dem ersten Blick amüsant, wenn sich Mitglieder der Bundesregierung mit Schmähungen überziehen. Auf dem zweiten Blick ist das ein Armutszeugnis für die politische Kultur. Das hat unser Land nicht verdient.



### Zu: Glückwunsch, Herr Thierse!, DP 6/10

Kompliment, oder in Abwandlung der Überschrift zu Ihrem Gastkommentar in der o. g. Ausgabe: „Glückwunsch, Herr Bendixen!“

Wenn ein oberster Repräsentant unseres Staates, wie der Herr Bundestagsvizepräsident, sich selbst der Lächerlichkeit preisgibt, ist das die eine Sache, dass er aber die Grundfesten unserer Demokratie und des Rechtsstaates untergräbt, wiegt wesentlich schwerer.

Sie, Herr Bendixen, haben diese drohende Gefahr beim Namen genannt. Wer die schwierige Aufgabe der Polizei, Grundrechte und geltende Gesetze – eben die vom Bundestag beschlossenen – mit einer derartigen Ignoranz behindert, bei dem dürfen wir wohl auch die Frage stellen, ob er sich der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte mit Entschiedenheit entgegenstellt. Und damit schließt sich der Kreis. Wenn staatlicher Autorität die notwendige Akzeptanz und der Respekt versagt werden, gilt als Konsequenz daraus bald das Gesetz des Stärkeren oder auch Reicheren, weil sich der seine Sicherheit erkaufen kann.

Schlussendlich kommt noch dazu, dass diejenigen, die gesetzliche Schranken durch eigene angemaßte Werte ersetzen wollen, was schon einmal als „gesundes Volks-





## LESERMEINUNG



empfinden“ leidvollen Missbrauch erfuhr, Wegbereiter einer antidemokratischen Entwicklung werden können.

Wollen wir hoffen, dass die große Mehrzahl unserer politischen Mandatsträger „eingedenk ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (wie es in der Präambel unseres Grundgesetzes heißt) künftig noch bewusster zum Wohle unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung handeln.

**Franz Mayer, PP Oberbayern Süd**

### Zu: Brennpunkt 1. Mai, DP 6/10

Es wird immer wieder vergessen, dass die größte Gefahr ja wohl von linken Chaoten kommt. Mir scheint der Autor und leider viele Kollegen und besonders Herr Knappe sowie Herr Innensenator Körting, scheinen die linke Gefahr verschlafen zu haben, jedenfalls sprechen sie nicht darüber.

Was ist eigentlich schlimmer: Wenn ein Polizist von den linken Chaoten lebensgefährlich verletzt wird oder wenn ein rechter ein Hakenkreuz am Arm trägt?

Die meisten wissen gar nicht, was das bedeutet. Nur durch eure Berichterstattung werden die Leute darauf aufmerksam gemacht.

**Jürgen Beger, Berlin**

### Zu: Resolution: Stoppt die Gewalt gegen Polizei in Europa, DP 5/10

Mit Interesse verfolge ich die jeweiligen Ausführungen und die Bemühungen, das Problem der Gewalt gegen die Polizei in den Griff zu bekommen. Bei den berechtigten Forderungen ist m. E. ein kleiner, aber nicht unwichtiger Punkt vergessen worden. Er betrifft das Auftreten der Polizei.

Leider, so meine persönlichen Beobachtungen, lässt das Auftreten beim Einschreiten der Polizei oftmals die Entschiedenheit, die Konsequenz vermissen, so dass in den Fällen die angestrebte Wirkung bzw. der Erfolg ausbleibt, weil die Polizei nicht ernst genommen wird.

Ein simples Beispiel: Feier im Garten, reines Wohngebiet, ca. 20-30 Personen beteiligt, laute Gespräche und Musik aus Lautsprechern mit aufgedrehten Bässen. Uhrzeit gegen 1.30 Uhr, also Nachtzeit. Polizei wird gerufen, erscheint, spricht mit Verantwortlichen, Lautsprecher werden unwesentlich leiser gedreht. Sonst passiert nichts, obwohl die verordnungsgem. Vorgaben eindeutig sind. Als der Streifenwagen außer Sichtweite ist, geht Party mit unverminderter, ja noch größerer Lautstärke, weiter. Polizei wird nochmals angerufen, unterbindet die nächtliche Ruhestörung aber nicht.

Resümee der in ihrer nächtlichen Ruhe erheblich gestörten Nachbarn: „Die Polizei braucht man gar nicht mehr zu rufen, die tut ja doch nichts!“ Die Ruhestörer werden daher immer dreister und wenn dann doch einmal entsprechend dagegen eingeschritten wird, kommt es zu unerwünschten Eskalationen.

Mir sind Fälle aus dem Bereich der Ordnungswidrigkeiten bekannt, bei denen die Polizeikräfte beschimpft und bedroht wurden, ja Körperverletzungen erlitten und Widerstandshandlungen hinnehmen mussten.

**Günther Hoffmann, per E-Mail**



Nun läuft schon seit Monaten, wenn nicht schon seit Jahren, die Diskussion über zunehmende Gewalt gegenüber Polizeibeamten. Gut, dass dieses Thema endlich breiter getreten wird.

Ich bin aber der Meinung, dass man die wachsende Gewaltbereitschaft nicht nur gegenüber einzelnen Berufsgruppen sehen muss. Es ist ein allgemeines Problem.

Gleichzeitig mit der Gewaltbereitschaft wird der steigende, exzessive Alkoholmissbrauch beklagt. Meine Meinung dazu ist, dass man beide Probleme nicht getrennt betrachten, sondern den Zusammenhang sehen sollte und auch die Bereitschaft aufbringen muss, das Übel bekämpfen zu wollen.

Für mich ergibt sich als Gedankenansatz: Jegliche Gewaltanwendung gegen Menschen wird unter Einfluss von Alkohol und Drogen im Grundsatz mit der doppelten Strafe belegt. Hierbei ist es unbedeutend, wie hoch der Alkohol-/Drogenkonsum ist (ab 0,3 ‰). Es muss Schluss damit sein, Alkoholkonsum als Schuld minderungsgrund heranzuziehen. Es muss auch Schluss damit sein, dass Eigentumsdelikte härter bestraft werden als Gewaltstraftaten.

**Berthold Mund, per E-Mail**

### Zu: Seniorenjournal, DP 6/10

Ich bin seit drei Jahren pensioniert und lese, wenn auch nicht mehr intensiv, als Mitglied der GdP die o.g. Zeitschrift.

Speziell möchte ich dem Bundesseniorenvorsitzenden, Herrn Anton Wiemers, ein Kompliment aussprechen für seinen, aus meiner Sicht, sehr klugen Aufsatz auf Seite 38, mit der Überschrift: „Gewinne für Einzelne, Verluste für alle“. Derartiges müsste intensiv an die Politik herangetragen werden.

**Johannes Küper, Schöppingen**

Fortsetzung auf Seite 21

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.d**





## Macht Polizei krank?

**Der Arbeitsschutz ist eine der wichtigsten Säulen gewerkschaftlicher Arbeit. Daher hat die GdP nun bereits zum dritten Mal zu einem Arbeitsschutz-Symposium eingeladen – in diesem Jahr widmeten sich die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Polizei, Wissenschaft und den GdP-Landesbezirken und -Bezirken den beiden Themenkomplexen physische Belastungen und Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung.**

Statistisch gesehen war jeder Erwerbstätige 2008 gut elf Tage krankgeschrieben. Davon gingen 1,4 Tage auf das Konto einer psychischen Erkrankung. 2007 waren es noch 1,15 Tage. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die Beschäftigten in der Polizei, sondern alle Erwerbstätigen,

spektiven zur Konfliktlösung das Leben nehmen. Daher wurde auf dem Symposium eigens zu dieser Fragestellung ein Arbeitskreis gebildet – insbesondere im Hinblick auf die Überlegung, in der Polizei eine Suizidprävention einzurichten und wie eine solche sinnvoll wirken kann.

halt und auch zur Wiederherstellung der Gesundheit beitragen.

Dabei soll es nicht darum gehen, dass mit betrieblicher Gesundheitsförderung an den Arbeitnehmern „herumgedoktert“ wird, sondern es geht um gesundheitsfördernde Strukturen, Methoden und Möglichkeiten im Arbeitsprozess, also darum, eine nicht krank machende Arbeitsumgebung und -atmosphäre zu organisieren.

In Deutschland gibt es auf diesem Gebiet schon eine ganze Menge Erfahrungen – auch in der Polizei. Die GdP ist hier als Partner unbedingt gefragt und gefordert und hat in einigen Ländern den



**Sprengstoffanschlag auf die Polizei während einer Demonstration gegen Sozialabbau und die Sparpläne der Bundesregierung am 12.6.2010 in Berlin.**

**Foto:**  
Bernd Kudanek/  
dpa

die mit anderen Menschen zusammenarbeiten müssen – sei es in „Linie“ oder in Form der Über-/Unterordnung mit all ihren Facetten. Zu den am meisten diagnostizierten psychischen Erkrankungen gehören depressive Episoden. Und diese enden leider nicht selten damit, dass sich Menschen mangels hinreichender Per-

Der zweite Themenkomplex auf dem Symposium befasste sich mit Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung. Dieses, als Kostenbremse in die Gesetzliche Krankenversicherung eingeführte Instrument, kann – sofern es sinnvoll eingesetzt und überhaupt mit Leben erfüllt wird – viel Gutes zum Er-

Prozess bis hin zu Dienstvereinbarungen und deren Umsetzung schon etliches mit auf den Weg gebracht. Länder, die bei der betrieblichen Gesundheitsförderung noch an den Anfängen stehen, können von den Erfahrungen durchaus profitieren. Nicht alles muss erneut erfunden werden, aber sehr wohl auf die Besonderheiten der



## ARBEITSSCHUTZ

Länder und Gegebenheiten dort zugeschnitten sein.

Wenn man sich nun mit der Frage beschäftigt, welches System der Gesundheitsförderung für und in der Polizei geeignet ist, wie man es einführt und auf welche Weise es dauerhaft am Leben erhalten werden kann, ist es förderlich, einige grundsätzliche Gedanken zu berücksichtigen.

Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, hat zur Notwendigkeit eines solchen Systems im Eröffnungsreferat auf dem Arbeitsschutzsymposium dazu einige grundsätzliche Gedanken formuliert (hier leicht gekürzt):

### **Macht Polizei krank?**

**In den Organen der Sozialversicherungen gleichermaßen wie in der Welt der Unternehmen und Betrieben wird die gesundheitsbedingte Leistungskapazität einer Belegschaft gerne mit dem Kriterium „Arbeitsunfähigkeitstage = AU-Tage“ bezeichnet und gemessen. Wenn alleine dieser Faktor als Maß der Dinge herangezogen werden sollte, müsste man die Frage, ob Polizei krank macht, mit einem klaren und deutlichen „ja“ beantworten.**

In der gewerblichen Wirtschaft liegen die AU-Tage, abhängig von zahlreichen Einflussgrößen, bei  $3 \pm 2$  Tagen pro Jahr.



**Scharf kritisierte Jörg Radek die immer weiter steigenden somatischen und psychischen Belastungen der Polizeibeamtinnen und -beamten, die seit langem unmittelbar spürbar seien. „Ausgesessene Sitze in Funkstreifenwagen, unzureichend eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze, Arbeitsstätten, die ihren Namen nicht verdienen, sorgen dafür, dass die Polizeibeamten ihr Scherflein zur häufigsten Erkrankung in der gesamten Gesellschaft, der Muskel-Skelett-Erkrankung, beitragen.“**

Der durchschnittliche Beschäftigte fehlt also zwischen einem und fünf Tagen pro Jahr. Aus dem Bereich der Polizei sind Werte bis über das Doppelte zu verneh-

men und in der Inneren Verwaltung einiger Behörden werden sogar Spitzenwerte bis zu 18 Tage pro Beschäftigtem und Jahr gemeldet. Wir stellen uns die Frage, warum solche Fehlzeiten entstehen. Wo liegen die Ursachen, insbesondere bei dem eklatanten Unterschied zwischen Wirtschaft, Polizei und manchen anderen Behörden?

Liegt es an den üblichen verdächtigen Ursachen, wie

- Überbelastung durch Stellenabbau?
- Sind die erfüllbaren Anforderungen zu hoch angesetzt?
- Ist es der von einem überforderten Arbeitsmarkt erzeugte Leistungsdruck?
- Wird der Wettbewerb der Beschäftigten untereinander zu mächtig, so dass die vermeintlich Schwächeren auf der Strecke bleiben?
- Oder ist es die Überalterung in den Betrieben und Behörden, die aufgrund des zwangsläufigen biologischen Verschleißes, der alle Beschäftigten trifft, ihren Tribut fordert?

Wenn es eine einfache Antwort gäbe, wäre das Problem sicher schnell lösbar. Es scheint aber, dass es eine solche schnelle Lösung nicht gibt, einfach deshalb, weil die einwirkenden Faktoren zu zahlreich sind und darüber hinaus noch gemeinsam auftreten.

Die so entstehende komplexe Bela-



**Großes Interesse und hohe Aufmerksamkeit bei den Beteiligten des 3. GdP-arbeitsschutz-Symposiums.**





stung führt offenbar in den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu ebenso unterschiedlichen Beanspruchungen.

Allerdings muss auch die Frage erlaubt sein, ob es sich tatsächlich in jedem Fall, immer und überall, um solche komplexe Lagen handelt oder ob Lösungen zwar eindeutig auf der Hand liegen und nur deshalb nicht in Angriff genommen werden, weil sie nicht gewollt sind. Welcher Unternehmer oder Behördenleiter hat schon Interesse daran, eine Führungsperson nur deshalb abzulösen, weil sie mit ihren Aufgaben völlig überlastet ist und daher Unfrieden in den Reihen der Belegschaft stiftet?

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat dieses Problem als eine der ersten Groß-Behörden Deutschlands erkannt und ist zu einer äußerst sinnvollen und zweckmäßigen Lösung gekommen. Dort wurde festgestellt, dass aufgrund des behördenspezifischen Aufstiegssystems diejenigen, die

„nach oben“ gekommen sind, gleichzeitig Führungs- und operative Aufgaben wahrzunehmen hatten. Insofern war Fachkompetenz und Führungskompetenz zwangsläufig in einer Hand vereint. Also getreu nach der Rechtsphilosophie von Georg Wilhelm Friedrich Hegel: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.“

Das ging nicht immer gut! Die Folgen sind uns allen sehr gut bekannt. Daher ist man jetzt zu der Erkenntnis gelangt, dass ein guter Vorgesetzter noch lange kein guter Wissenschaftler sein muss – und umgekehrt. Dieser grundlegende Denkfehler, der zumindest in bundesdeutschen Behörden ganz und gäbe ist, konnte aber dadurch eliminiert werden, indem die beiden Funktionen getrennt wurden. In der daraus entstandenen Konsequenz konnten nun beide Personen, der „Chef“ und der „Fachmann“, in die höchsten dienstlichen Besoldungs-Ämter gelangen. Eine „wirklich phänomenale“ Leistung, wenn man bedenkt, dass in der modernen See-

schiffahrt sowohl der Kapitän, als auch der Leitende Ingenieur vergleichbare wissenschaftliche Befähigungen innehaben und hinsichtlich der Hierarchie problemlos mit- und nebeneinander arbeiten und leben können. Der eine ist eben durch die unterschiedliche Ausrichtung im Studium Nautiker, der andere Techniker.

Aber nicht nur fragwürdige Führungskompetenzen machen uns Sorgen, sondern auch die Probleme mit der Leistungsverdichtung aufgrund der Personalknappheit und der Überalterung ganzer Belegschaften.

Während es zwischenzeitlich jeder verstanden haben dürfte, dass wir in Deutschland zwischen den Jahren 2015 und 2035 auf einen massiven „Altersberg“ zulaufen, der mit keinen familienpolitischen Maßnahmen mehr abzuflachen ist, meinen manche Innenpolitiker in den Ländern, dies gelte für sie nicht. Für manche Branchen mag das vielleicht noch hinnehmbar sein, weil es dort genügend Kompensationsmöglichkeiten gibt. Für die Polizei bedeutet Überalterung des Personalbestandes schlichtweg eine Katastrophe. Das Bild vom Rollstuhl fahrenden Polizisten, der dem Bankräuber hinterher eilt, ist sicher jedem bekannt. Solche Belastungen, wie sie der Arbeitswissenschaftler nennt, führen zu Beanspruchungen, also zu ersten Alarmzeichen, die unser Körper von sich gibt, weil er damit auf Dauer im wahrsten Sinne des Wortes nicht leben kann.

### Somatische Belastung

Da wären zunächst Belastungen – und in der Folge Beanspruchungen – zu nennen, die zu körperlichen Beschwerden führen können.

Ausgesessene Sitze in Funkstreifenwagen, unzureichend eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze, Arbeitsstätten, die ihren Namen nicht verdienen, sorgen dafür, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten ihr Scherflein zur häufigsten Erkrankung in der gesamten Gesellschaft, der Muskel-Skelett-Erkrankung, beitragen. Welcher Schutzmann über 50 klagt nicht über „Rücken“. Eine saubere Prävention, d.h. wenigstens ordentliche Büroarbeitsstühle zu beschaffen oder die Sitze in den Streifenwagen nicht erst dann auszutauschen, wenn die Federn unmittelbar ohne „störende“ Füllmaterialien auf das Gesäß einwirken, wäre das Mindeste, was erwartet werden kann.

Ähnliches gilt für Bildschirmarbeitsplätze, die in zu dunklen Räumen mit unzureichendem oder blendendem

In bewährter Form haben sich auf dem Symposium Arbeitsgruppen speziellen Themen gewidmet, zu denen Fachleute vorab mit einem Leitvortrag Impulse gaben. Die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen werden in der GdP-Bundesgeschäftsstelle zurzeit noch aufgearbeitet.



**Dr. Christian Kühl, Polizei Bayern:** „Wir nehmen die Gesündesten und hoffen, dass wir sie 35 bis 40 Jahre im Dienst halten können.“

### Körperliche und seelische Belastungen

Zur körperlichen Beanspruchung im Polizeidienst referierte **Dr. Christian Kühl**, Polizei Bayern: Er wies darauf hin, dass die gesundheitlichen Anforderungen sehr hoch liegen. Was aber, wenn diese Anforderungen nicht mehr erfüllt werden können? Daher ist der Arbeitsschutz eine grundlegende Basis, den der Dienstherr einhalten und fördern müsse. „Wir nehmen die Gesündesten und hoffen, dass wir sie 35 bis 40 Jahre im Dienst halten können.“

Gleichzeitig sei jeder einzelne individuell verantwortlich, auf seine Gesunderhaltung zu achten.



**Erich Traphan, Polizei NRW:** „Es gibt kein Repertoire für diese ‚Polizei‘-Lebensform.“

**Erich Traphan** von der Polizei in NRW behandelte in seinem Vortrag die seelische Beanspruchung im Polizeidienst. Er appellierte an die Selbstverantwortung und Mitverantwortung der Kolleginnen und Kollegen, aber insbesondere an die Führungskräfte, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Er beschrieb u. a. die Aussage eines Polizisten während einer Fortbildungsveranstaltung, in der dieser äußerte, in diesem Seminar erstmals wieder seit langer Zeit ernst genommen zu werden mit seinen Sorgen und Problemen.

Im Ergebnis der Arbeitsgruppe wurde u. a. gefordert, Zeit für Gespräche und Kontakte einzuplanen und Mitarbeitergespräche sollten permanent und „Zweck los“ geführt werden. Darüber hinaus wurde angeregt, dass Führungspersonen ihre Wirkung auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüfen sollten (hier würde sich mitunter ein Video gut eignen). Sie sollten durch entsprechende Persönlichkeitsbildung für ihre Aufgaben fit gemacht werden.



Kunstlicht eingerichtet sind. Bildschirme stehen oft in Entfernungen und Winkel zum Sachbearbeiter, die eine Fehlhaltung des Körpers sowie die damit einhergehenden obligatorischen Kopfschmerzen und Kreislaufbeschwerden geradezu he-raufbeschwören.

Auf Dauer ist auch die durch Per-

*Experten erwarten, dass wegen der aktuellen Rezession psychische Erkrankungen weiter zunehmen werden. Zahlreiche Studien belegen, dass das psychische Wohlbefinden in Zeiten der Rezession sinkt.*

sonalknappheit hervorgerufene Außendienstzeit „auf dem Bock“, also im Streifenwagen, bei der Fahrt von einem Auftrag zum anderen, ohne Pause nicht hinnehmbar. Nicht zuletzt deshalb, weil der Beamte neben zahlreichen, mehr oder weniger gewichtigen Utensilien in Taschen und am Gürtel, seine ballistische Schutzweste trägt, die immerhin auch einige Kilogramm Gewicht auf die Waage bringt. Daher sind Unterbrechungen der Tätigkeiten außerhalb von Dienststellen in kürzeren Abständen unerlässlich – gerade im Sommer.

### Psychische Belastung

Während die rein körperlichen Belastungen im Prinzip durch recht einfache organisatorische Maßnahmen in den Griff zu bekommen wären, gilt dies für die psychische Belastungen nur sehr eingeschränkt, weil dort die einzelnen Belastungskomponenten deutlich komplexer vernetzt sind.

Die bereits angesprochenen Führungsdefizite, die sich zahlreiche der so genannten Polizeiführer vorwerfen lassen müssen, können auf vielfältige Weise auftreten. Selbst bei strikter Trennung von reiner Führungstätigkeit und inhaltlicher Arbeit, nach dem Vorbild der BAuA, ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass sich der gewünschte Erfolg einstellt. Zu starr zeigt sich in diesem Punkt die klassische Aufbauorganisation des staatlichen Apparats. Aber selbst wenn dies gelänge, wären dadurch sicherlich noch nicht alle Führungsmängel dieser Welt beseitigt. So etwas zu glauben, wäre blauäugig.

Die Bremse besteht darin, dass Men-

### Suizidität

Zur Thematik „Suizide im Polizeidienst“ führte **Christina Meier** von der Polizei Niedersachsen u. a. aus:

„Um das Thema Suizid aus dem Tabubereich zu holen und um konkrete Präventionskonzepte zu installieren und zu etablieren, braucht es zunächst mal ein Problembewusstsein für dieses Thema.

Es ist vor allem zunächst ein positives Binnenklima, das gegenseitiges



**Christina Meyer, Polizei Niedersachsen: „Die ständige Verfügbarkeit von Schusswaffen ist ein zentraler Punkt.“**

Vertrauen und Wertschätzung entstehen lässt. Dieses wiederum ermöglicht, auch sog. negativen Gefühlen – wie Angst, Ohnmacht, Hilflosigkeit – Raum zu geben, zuzulassen und auszudrücken.

Ein Nicht-Thematisieren und/oder Unterdrücken von

diesen Gefühlen, die nicht selten im Zusammenhang mit alltäglichen polizeilichen Einsätzen entstehen, kann durchaus zu Arbeits- und Lebensbedingungen führen, die man als ‚suizidförderlich‘ bezeichnen kann. Dieses gilt insbesondere auch für junge Polizistinnen und Polizisten!“

In der Arbeitsgruppe wurde zum Thema insbesondere Signale und Erkennungsmerkmale von gefährdeten Kolleginnen und Kollegen diskutiert, Gedanken zur Sensibilisierung wurden besprochen und es wurde darüber debattiert, wie wichtig es ist, Führungskräfte als „Türöffner“ zu gewinnen. Darüber hinaus machten sich die Kolleginnen und Kollegen Gedanken darum, wie mit dem Thema – ob präventiv oder in der Nachsorge – im Kollegenkreis umgegangen wird.

schen in bestimmten Funktionen nicht ohne weiteres aus derselben entfernt werden können und andererseits vielleicht auch wenig Neigung zeigen, freiwillig das Feld zu räumen. Zwangsmaßnahmen des Dienstherrn scheiden an dieser Stelle aus vielerlei Gründen aus, teils weil beamtenrechtliche Vorschriften dagegenstehen oder weil die Situation, so wie sie sich

darstellt, von „oben“ her gewollt ist. Führungsqualitäten, um die es hier geht (also nicht um die „klassische“ Führung polizeilicher Einheiten bei bestimmten Lagen), zeigen sich insbesondere in Momenten, die belasten – sei es durch Leistungsdruck in zeitlicher oder inhaltlicher Ausprägung oder aber durch Leistungsverdichtung aufgrund permanenten Personalabbaus.

Die zuletzt genannte Ursache hat ihre Wurzeln in den Entscheidungen der Politik. Entsprechende Sparbeschlüsse haben Führungsverantwortliche oft zum Nachteil der Führungsunterworfenen durchzusetzen. Werden dadurch Leistungen abverlangt, die über das arbeitswissenschaftlich als zumutbar geltende Maß hinausgehen, entstehen Belastungen, die – wie bereits ausgeführt – zu Beanspruchungen und ggf. zu Krankheiten führen können. Diese sind mannigfaltiger Natur. Stress und in der weiteren Folge Burn-out, Schlafstörungen, Störungen im vegetativen Körpersystem sind nur einige wenige Stichworte aus dem fast unerschöpflichen Fundus psychischer und psychosomatischer Gesundheitsstörungen, die im Zusammenhang mit betrieblichen Abläufen auftreten können.

### Suizid

Im Extremfall, wenn sich depressive Störungen einstellen und sich manifestieren, kann am Ende der meist langen Kette psychischer Beanspruchungen der Freitod stehen.

Eine Studie, die Kollege Stefan Mayer im Jahr 2000 als Seminararbeit an der damaligen PFA angefertigt hat, belegt eindrucksvoll, dass die Verläufe in der Polizei anders sind, als in der gesamten Gesellschaft. Die Gründe hierfür scheinen eindeutig zu sein: Die Polizei wird oft, ja fast schon regelmäßig, mit traumatischen Ereignissen konfrontiert, sie erlebt darüber hinaus persönliche Belastungen wie jeder andere Mensch in unserer Gesellschaft auch – und sie führt Waffen.

Bringt uns diese Erkenntnis weiter? Weiter auf dem Weg, die Selbsttötungen in der Polizei zumindest deutlich verringern zu helfen? Schaffen wir es, den Suizid, der eigentlich von jedem gerne verdrängt wird, so zu thematisieren, dass er seinen Tabu-Charakter verliert?

Wenn solches gelänge, bestünde durchaus die realistische Chance, eine Prävention gegen Suizid aufzubauen, die als Früherkennungsmechanismus wirkt und damit die Möglichkeit eröffnet, dem einen oder anderen Hilfe suchenden Menschen in unserer Berufsgruppe zu zeigen, dass es immer eine Tür nach draußen gibt, die





zu neuen Hoffnungen führt. Es sollte uns gelingen, aus den zahlreichen guten Ansätzen, die es in den Ländern gibt, etwas Gemeinsames zu machen, das wie ein roter Faden wirkt und dazu führt, Suizide in der Polizei zur Geschichte werden zu lassen.

## Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement wurde im Bereich der Gesetzlichen

### Betriebliche Gesundheitsfürsorge

Bernd Becker von der GdP in Rheinland-Pfalz konnte auf umfangreiche Erfahrungen und umgesetzte Praxis im Bereich Gesundheitsförderung in der Polizei in seinem Land verweisen. Hier ist die GdP seit Jahren im betrieblichen Gesundheitsmanagement Impulsgeber und „Macher“. Er legte u. a. komprimiert dar, welche Hürden in diesem Prozess zu nehmen sind, welche Verbündeten man braucht und welche Stolperstellen sich im Prozess auftun. Prinzip in Rheinland-Pfalz sei es z. B., dafür keine neuen Gremien zu schaffen, sondern das Thema an Bestehendes anzudocken. Sein Credo war immer wieder zu hören: Es geht bei der betrieblichen Gesundheitsförderung nicht darum, an den Menschen herumzudoktern, sondern gesundheitsverträgliche Verhältnisse und ein gesundheitsverträgliches Umfeld zu schaffen (s. nebenstehendes Interview). Das sei für jeden einzelnen gut, aber auch für die Leistungsfähigkeit der Polizei.

In der Arbeitsgruppe, die sich anschließend mit dem Thema betriebliche Gesundheitsförderung beschäftigte, sind etliche fundierte Anregungen entstanden, die die GdP in nächster Zeit aufbereiten und publizieren wird. U. a. solle ein GdP-Gesundheitsnetzwerk gebildet werden – hier bestehe eine Erwartungshaltung, so die AG-Mitglieder.



**Bernd Becker, Polizei Rheinland-Pfalz:** „Das Thema muss aus der ‚Langeweile-Weicheier-Ecke‘ in die Köpfe der Menschen geholt werden.“

Krankenkassen aus zwei Gründen eingeführt.

1. Es soll die Zahl der Krankheiten in unserer Gesellschaft zurückführen, die am häufigsten in den Statistiken erscheinen. Dazu zählen derzeit Muskel-Skeletterkrankungen, Atemwegserkrankungen und psychische Erkrankungen.

2. Es sollen damit die überbordenden Ausgaben der Kassen, die sie für nachfolgende Heilungsverfahren in der Sekundär- und Tertiärprävention aufbringen müssen, gedämpft werden. Das wichtigste Standbein der Betrieblichen Gesundheitsförderung ist die so genannte Primärprävention, also Maßnahmen, die verhindern sollen, dass es überhaupt zu bestimmten Erkrankungen kommt. Hierfür legen die Krankenkassen pro Versichertem und Jahr einen Betrag von 2,74 in einen großen Topf und schütten diese Gelder gemäß den Bestimmungen des „Leitfadens Prävention“ in sinnvoller bzw. zweckmäßiger Weise wieder für zielführende Engagements aus. Der Gesetzgeber hat dabei bewusst die Handlungsebene der Betriebe gewählt, weil er auf diese Weise zumindest die Erwerbstätigen erreichen kann und daneben noch den Arbeitgeber mit „im Boot“ hat, der ja schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen daran interessiert sein muss, seine Belegschaft gesund zu erhalten – Stichwort AU-Tage.

Ich habe im Zusammenhang mit der BGF die Begriffe „Versicherte“ und „GKV“ verwendet. Dahinter steht als Erklärung die Erkenntnis, dass die Präventionsförderung der gesetzlichen Krankenkassen eben nur den dort Versicherten zur Verfügung steht. Davon ausgenommen sind konsequenter Weise die Versicherten in der privaten Krankenversicherung PKV.

Wir könnten als Gewerkschaft an dieser Stelle natürlich fordern, dass die PKV den gleichen Betrag wie die GKV zurücklegen muss. Wir tun es nicht. Einfach deshalb, weil sich die Prämien nicht nur um den Betrag von 2,74 Euro erhöhen würde. Er müsste sogar um ein Vielfaches höher liegen, damit ein der GKV vergleichbares Leistungsniveau erreicht werden könnte.

Die Gründe hierfür liegen in den unterschiedlichen Finanzierungsmodellen beider Versicherungstypen und in der Mitgliederzahl in der GKV (50,7 Mio. im Jahr 2007) und PKV (8,6 Mio. Vollversicherte im Jahr 2008). Wir fordern allerdings unseren Dienstherren auf, Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung zu ergreifen, die dem Finanzvolumen der GKV-Leistungen, bezogen auf die Zahl der tatsächlich Beschäftigten, die ganz oder teilweise privat krankenversichert sind, entsprechen.



**In seinem Schlusswort zum 3. Arbeitsschutzsymposium der GdP fasste Frank Richter, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP u. a. für Arbeitsschutz zuständig, zusammen: „Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen haben deutlich gemacht, welch hohen Stellenwert der Arbeitsschutz hat, aber eben genauso auch, was alles noch für einen guten Arbeitsschutz in der Polizei und für die Polizeibeschäftigten fehlt. In allen Bereichen, die in diesen zwei Tagen beraten und diskutiert wurden, ist noch ausreichend Spielraum vorhanden. Das wollen wir den politisch Verantwortlichen, dem Dienstherrn, verdeutlichen.“**

**Fotos (7): Zielasko**

Ich denke, dass diese Forderung sachgerecht ist und zwar aus zwei Gründen: Zum einen hat der Staat die Verpflichtung, seine Beamten zu alimentieren. Hierzu zählen alle Leistungen, die erforderlich sind, um ein angemessenes Leben zu führen. Und zum 2. ist es nicht einsehbar, dass den Beamtinnen und Beamten weniger an Gesundheit zustehen soll, als sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Das Argument, dass dort Beiträge gezahlt werden, zählt insofern nicht, als dass der Staat mit seinem Eigenversicherungsprinzip generell günstiger fährt.

Dies aber bitte nicht auf dem Rücken der Polizisten.

Wir haben uns auf unserem Symposium daher auch mit der Frage auseinanderzusetzen, wie eine betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) sinnvoll in die Polizei zu integrieren ist. Erweitert man das Ganze noch um Elemente, die sinnvoll sind, aber nicht zwingend Bestandteil des engen BGF-Systems sein müssen, gelangt man zu einem betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM).

Koppelt man jetzt noch die Kür mit der Pflicht, also BGF bzw. BGM mit dem Arbeitsschutz, so erreicht man die höchsten Weihen der Gesundheitsprävention, nämlich das Arbeits- und Gesundheitsschutz-Managementsystem, genannt AGM.



# Am besten, die gesamte Landesregierung steht dahinter

**Die GdP in Rheinland-Pfalz betreibt das Thema der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) seit 2003. Mittlerweile wurde das Konzept der Landesregierung zur BGF im Polizeibereich mit einer Dienstvereinbarung konkretisiert, an deren Erstellung die GdP maßgeblich mitgewirkt hat. Die 2009 durchgeführte so genannte „Salutogenetische subjektive Arbeitsplatzanalyse/SALSA“ bietet eine erste Datengrundlage, die aktuell in den Behörden und Einrichtungen auf Interventionsmöglichkeiten abgeklopft wird. DP sprach mit Bernd Becker, stellvertretender Vorsitzender der GdP in Rheinland Pfalz und Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates Polizei über bisherigen Erfahrungen.**

**Kollege Becker, in Rheinland-Pfalz habt ihr in der BGF bei der Polizei einiges auf die Beine gestellt. Gibt es einen Erfolgsweg?**

Einen allgemeingültigen sicher nicht, aber einen Schlüssel zum Erfolg sehe ich in der Partizipation. Es gibt überall

bereits Angebote, die auf die Gesundheit der Beschäftigten zielen, ohne unter der Überschrift BGF zu firmieren. Alle sollen mitgenommen, nichts unterdrückt werden. Übrigens: BGF hat die Gesundheit aller Beschäftigten zum Ziel, es geht nicht nur um Polizistinnen und

Polizisten; deshalb ist es nur logisch, dass die Grenzen zwischen Dienstsport und Gesundheitssport zunehmend verschwimmen. Die Beschäftigten sind und bleiben die Experten für ihre Arbeitssituation; von ihnen erfährt man am besten, was der Gesundheit zu- oder abträglich ist.

**Was siehst Du als besonders wichtig, wenn man in Sachen BGF aktiv werden will?**

Ganz wichtig ist es, dass der Innenminister hinter dem Projekt steht oder noch besser, die gesamte Landesregierung. Jeder sollte seinen eigenen Weg suchen, vor allem was Aufbau- und Ablauforganisation angeht. Wir haben Wert darauf gelegt, bereits vorhandene Strukturen zu nutzen. Auf der Behördenebene docken wir die Aufgabe bei den Arbeitsschutzausschüssen an und hoffen, damit auch den Arbeitsschutz ein wenig aufzuwerten und interessant zu gestalten. Eigentlich ist ein ganzheitlicher Ansatz von Gefährdungsanalyse nichts anderes als Verhältnisprävention. Ganz wichtig ist für mich: Nicht



nur bei der Verhaltensprävention, also bei den Beschäftigten, anzusetzen, sondern sich um die Arbeitsbedingungen zu kümmern und zwar in jeglicher Hinsicht. Die Kolleginnen und Kollegen beim PP Mainz haben zum Beispiel damit angefangen, dass sie sagen: „Wir wollen es uns schöner machen“. Will sagen, sie kümmern sich um die angenehme Gestaltung der Arbeitsplätze. Ich nenne das „Wertschätzung durch Ausstattung“ und finde, das sollte nicht unterschätzt werden.

Und noch etwas ist wichtig: BGF ist allgegenwärtige Aufgabe der Linie, nicht irgendwelcher Diskussionsrunden. Insbesondere muss Führung und Zusammenar-

### **Bist Du nicht ein wenig zu optimistisch?**

Nein, ausdrücklich Nein. Die SALSA und die Diskussion um die BGF haben uns beispielsweise in der aktuellen Diskussion um die Evaluierung der Lebensarbeitszeitverlängerung geholfen; sowohl als Diskussionsplattform, als auch dabei, Erkenntnissen zum Durchbruch zu verhelfen. Das Land will noch in diesem Jahr mit einer Tarifstelle aus dem so genannten „Angestelltenprogramm“ eine Fachkraft für BGF einstellen. Auch wenn es noch viel zu erreichen gilt, wie beispielsweise die Freie Heilfürsorge für Alle, neue gesundheitsorientierte Seminarangebote oder Vorsorgekuren – wer keine Wunder erwartet hat, kann mit der Entwicklung schon recht zufrieden sein.

### **Was kann die GdP konkret in diesem Prozess leisten?**

Die GdP-Personalräte können bei der Einführung der BGF initiativ werden. Die Landesbezirke und Bezirke können sich um politische Vorgaben und Konzepte bemühen, denn ohne Unterstützung von „ganz oben“ läuft nichts. Angesichts der demographischen Entwicklung der Belegschaften kommt wohl keine Regierung um das Thema herum.

Ich finde gut, dass wir bereits mittendrin sind in einem Austausch von Ideen und Konzepten. Das werden wir Dank der Bereitschaft der Bundes-GdP noch intensivieren.

In den Bezirken kann die GdP neben der Vertretungsarbeit auch selbst als Akteur der BGF erkennbar werden. Wir haben bei uns unter dem Motto „GdP-vital: Gesund bleiben mit der GdP“ gerade das sechste Seminar „rauchfrei & schlank mit der GdP“ durchgeführt und machen die 11. GdP-Kanutour. Seit 2003 haben wir sechs BGF-Seminare für Personalräte durchgeführt und seit einigen Jahren ein Zielgruppenseminar für die unterste Führungsebene im Angebot. 2006 war die BGF eines von zwei Leitthemen des Delegiertentages. Ich finde, unsere Mitglieder haben Anspruch darauf, dass wir uns um ihre Gesundheit kümmern.



**Bernd Becker, „BGF ist allgegenwärtige Aufgabe der Linie.“ Foto: Zielasko**



beit auf soziales, seelisches und letztlich körperliches Wohlbefinden ausgerichtet sein.

### **Ist das nicht ein zu hoher Anspruch?**

Sehe ich nicht so. Der Personalauswahl sowie der Aus- und Fortbildung von Führungskräften kommt große Bedeutung zu; unsere SALSA deckt an der Stelle übrigens Verbesserungsbedarf auf. Das soziale Klima sowie die Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen schneiden schlechter ab, als in der Vergleichsgruppe.

### **Die politischen Rahmenbedingungen sind gegenwärtig nicht die besten – u. a. weil zu wenig Personal eingestellt wird. Hat die BGF da überhaupt Erfolgsaussichten?**

Unbedingt. Die BGF bietet doch auch die Chance, die Defizite belegbar festzustellen und nach und nach in die politische Willensbildung einzubringen. Beispiel: Wenn auf vielen Dienststellen die Personalstärken mit der Belastung und der Eigensicherung nicht in Einklang zu bringen sind, muss das in der Folge zur Erhöhung der Einstellungszahlen führen.

## **Physische Belastungen – zum Beispiel der Stuhl**

In der Arbeitswissenschaft wird zwischen Belastungen und Beanspruchungen unterschieden. Belastungen kennzeichnen Faktoren der Arbeit, die auf den Körper einwirken. Beanspruchungen liegen dann vor, wenn sich diese Faktoren in irgendeiner Weise bemerkbar machen. Solche Warnmeldungen laufen über die Nervenleitungen und werden in der Regel als Schmerzen wahrgenommen.

Am konkreten Beispiel eines ausgesessenen Bürostuhls würde dies Folgendes bedeuten: Der Sitz entspricht nicht den ergonomischen Erfordernissen des Muskel-Skelett-Apparates im Bereich des unteren Rückens bzw. des Gesäßes. Hier beginnt die Belastung. In dem Moment, in dem sich nach einiger Zeit des Sitzens zum Beispiel Verspannungen oder Rückenschmerzen einstellen, ist bereits das Stadium der Beanspruchung erreicht. Wird

dieser Beanspruchung nicht in kurzer Zeit abgeholfen, zum Beispiel durch Ersatz des Stuhles in einen mit ergonomischer Sitzfläche (die nicht durchgessen ist), stellt sich i.d.R. eine Krankheit ein, zum Beispiel ein Bandscheibenschaden o.ä. Also Schäden, die nur mit kurativen Mitteln und Methoden zu heilen sind.

Solche Erkrankungen sind besonders kritisch zu bewerten, da ihre Heilungschancen mit fortgeschrittener Zeit immer geringer werden. Am Schluss der Leidenskette steht dann nicht selten der Vorruhestand mit finanziellen Schäden sowohl für den betroffenen Beschäftigten, als auch für den Arbeitgeber und für die Sozialversicherung oder – im Falle eines Beamten – für den Steuerzahler. Solche Entwicklungen gilt es zu vermeiden.

Ein Dauerbrenner in der Polizei sind Schäden im Bereich der Wirbelsäule aufgrund durchgessener Sitze in den



## ARBEITSSCHUTZ

Streifenwagen und wegen Einkäufen von Billig-Sitzmöbeln für die Büros. Dort wird in den meisten Fällen nicht nach der Langfristigkeitsperspektive beschafft, sondern unter dem Aspekt der Kostenminimierung. Der Erfolg, oder besser gesagt, der Misserfolg, zahlt sich an anderer Stelle und zu einer anderen Zeit aus. Die andere Stelle ist der Pensions-Etat, nicht mehr die Kasse des Beschaffers. Und in zeitlicher Hinsicht mögen Jahre zwischen der Verwendung unzureichender Sitzgelegenheiten und der darauf beruhenden vorzeitigen Zurruheetzung liegen. Auf diese Weise ist eine Verbindung zwischen den Etats und deren Verantwortlichen

gleitet wird. Wichtig ist es auch, dass vor der Produktentscheidung eine sorgfältige Marktanalyse stattfinden muss. Letztendlich darf nur die Güte eines Produkts im Hinblick auf seine Zweckbestimmung und auf seine Ergonomie den Ausschlag für die Kaufentscheidung geben. Lediglich haushalterische Überlegungen sind abzulehnen, da solche Investitionen im Endeffekt zu Mehrkosten führen und darüber hinaus Menschen krank machen können.

Ein weiteres Grundübel in der Polizei, ja generell im Öffentlichen Dienst, besteht darin, Büroräume lediglich nach funktionalen Aspekten einzurichten. Gerade zu



**Entspricht der Bürostuhl nicht den ergonomischen Erfordernissen, sind Belastungen vorprogrammiert. Foto: Petra Stock/dpa**

einerseits und den Zeiten in denen etwas Unzureichendes beschafft wurde, und dem Zeitpunkt, an dem die Folgen auftreten, nicht mehr herstellbar.

Daher ist es erforderlich, dass der gesamte Ausstattungsprozess, beginnend mit der Investitionsvorbereitung bis hin zum Einsatz des beschafften Produkts und darüber hinaus während dessen gesamter Verwendungsdauer, fachlich be-

diesem Themenkomplex hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin im Rahmen der „Arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen“ eine Reihe wertvoller und hilfreicher Informationen herausgegeben, die genaue Daten

und Vorschläge zur ergonomisch richtigen Einrichtung von Büro- bzw. Bildschirmarbeitsplätzen enthalten. Es ist einfach erforderlich, bei allen organisatorischen Vorhaben, bei denen es um die Einrichtung oder Umrüstung von Büroarbeitsplätzen geht, die Fachkräfte für Arbeitssicherheit sowie die Betriebsärzte nicht nur der Form wegen zu beteiligen, sondern den dort vorhandenen Sachverstand ernst zu nehmen und entsprechende Vorschläge in die Praxis umzusetzen.

In der Arbeitswissenschaft wird zwischen Belastungen und Beanspruchungen unterschieden. Belastungen kennzeichnen Faktoren der Arbeit, die auf den Körper einwirken. Beanspruchungen liegen dann vor, wenn sich diese Faktoren in irgendeiner Weise bemerkbar machen. Solche Warnmeldungen laufen über die Nervenleitungen und werden in der Regel als Schmerzen wahrgenommen.

**HJM**





# Zeckenbiss ist Dienstunfall

## Eine weitreichende Entscheidung zum Dienstunfallrecht

**Zecken sind kleine Spinnentiere aus der Familie der Milben, hungrig sind sie noch deutlich kleiner als ein Streichholzkopf. Sie leben im Gestrüpp und im Unterholz, an Waldrändern und auf Lichtungen, im hohen Gras an Landstraßen, aber mittlerweile auch in Gärten und Parks. Sitzt eine Zecke erst auf ihrem Wirt, kann sie sich mit ihren Beisswerkzeugen und Widerhaken in der Haut hervorragend festhalten. Damit das Opfer den Saugvorgang nicht bemerkt, wird die Haut mit einem Betäubungsmittel benetzt. Gut gesättigt kann eine Zecke bis zu 3 cm groß werden. Dieses Tier verfügt also über erstaunliche Fähigkeiten, aber leider übertragen Zecken schwerwiegende Infektionskrankheiten, wie die Borreliose und die Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME).**

Zwei Beamte des Öffentlichen Dienstes wurden im Dienst von Zecken gebissen und beehrten die Feststellung, dass es sich bei diesem Vorgang um einen Dienstunfall im gesetzlichen Sinn handelt. „Beide Beamte, eine Lehrerin aus Niedersachsen und ein GdP-Kollege aus dem Saarland, mussten einen langen Instanzenweg durchschreiten, um letztlich einen gerechten Erfolg zu erstreiten. Besonders hilfreich war im Falle des GdP-Kollegen die hervorragende Arbeit der DGB-Rechtsschutz GmbH und der dort beschäftigten Kollegin Susanne Theobald“, betont der für Rechtsangelegenheiten zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Saarland, Hugo Müller.

Im Juni 2006 wurde der GdP-Kollege während des Verkehrsüberwachungsdienstes am Straßenrand von einer Zecke gebissen. Er ließ diese anderntags ärztlich entfernen und meldete die Sache umgehend als Dienstunfall, um Unfallfürsorgeleistungen des Saarlands zu erhalten und auch, um Vorsorge für evtl. später eintretende Infektionen sowie sonstige Komplikationen zu treffen. Die oberste Dienstbehörde lehnte die Anerkennung als Dienstunfall ab. Zur Begründung führte sie an, dass sich bei einem Zeckenbiss ein allgemeines Lebenrisi-

ko verwirkliche. Es fehle der spezifische Zusammenhang mit dem Dienst des Klägers als Polizeibeamter. Ein Zeckenbiss könne jedem Bürger widerfahren. Im vorliegenden Fall habe sich nur zufällig ein zeitlicher Zusammenhang mit der Dienstausbübung ergeben. Im Übrigen liege kein Körperschaden vor.

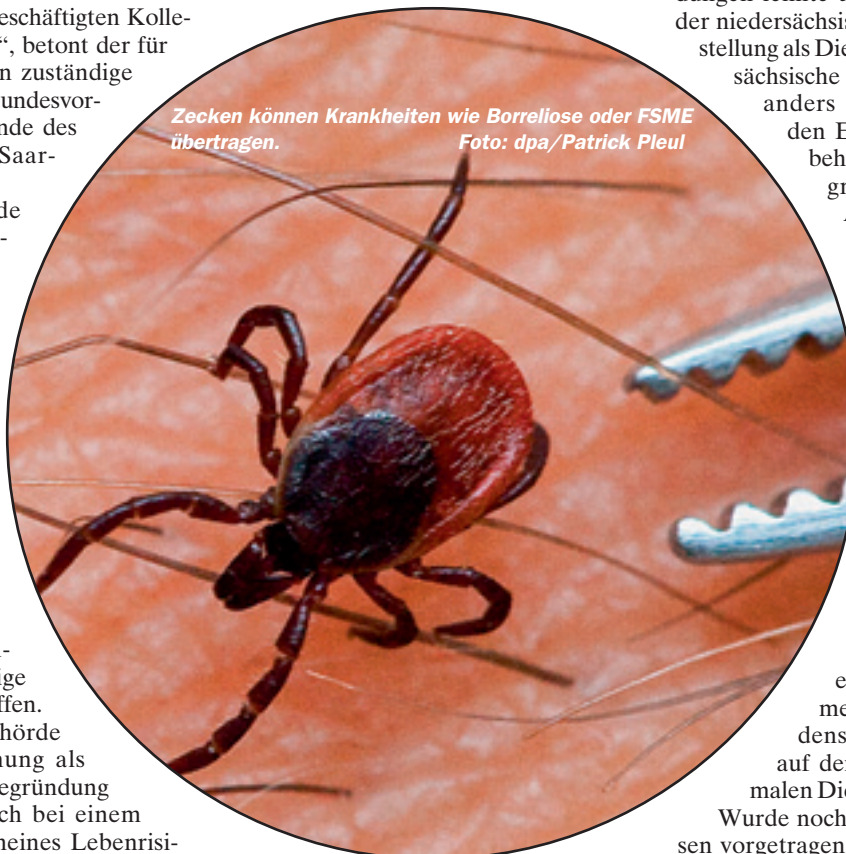
Gegen die Ablehnung als Dienstunfall legte der Kollege im September 2006 Widerspruch ein. Der Wider-

spruch wurde abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Saarlouis gab am 30.10.2007 der Klage statt (Az: 3 K 158/07) und verurteilte das Land dazu, den Zeckenbiss als Dienstunfall anzuerkennen. Dagegen legte das beklagte Land Berufung vor dem OVG ein. Mit Urteil vom 24.4.2009 (Az: 1 A 155/08) bestätigte das OVG das erstinstanzliche VG-Urteil. Die Berufung des Landes wurde als unbegründet abgewiesen.

Das OVG Saarland hat die Revision zugelassen, da das Urteil hinsichtlich der Anforderungen an das Vorliegen eines besonderen ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem gemeldeten Dienstunfallereignis und der Ausübung des Dienstes von der diesbezüglichen Rechtsprechung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (Urteile vom 7.7.2005, 17.4.2008 und 17.7.2008) abweicht. Das Urteil des OVG des Saarlandes beruht auch auf dieser Abweichung. Daher war die Revision zuzulassen.

Mit nahezu den gleichen Begründungen lehnte auch die Dienstbehörde der niedersächsischen Lehrerin die Feststellung als Dienstunfall ab. Das niedersächsische OVG hatte sich jedoch anders als das OVG Saarland den Erwägungen der Dienstbehörde angeschlossen. Aufgrund anderer zeitlicher Abläufe entschied nun das BVerwG in einem Grundsatzurteil über den niedersächsischen Sachverhalt und legte sich damit auch in der Sache des GdP-Kollegen klar fest.

Das Zeckenbiss-Verfahren ist nicht nur wegen des Einzelfalles von großer Bedeutung, sondern das BVerwG hat wesentliche Ausführungen zum Dienstunfall außerhalb der eigentlichen Diensträume und in Bezug auf Schadensfälle getätigt, die nicht auf dem ersten Blick zur normalen Dienstverrichtung gehören. Wurde noch vom OVG Niedersachsen vorgetragen, bei dem erlittenen Ze-



Zecken können Krankheiten wie Borreliose oder FSME übertragen.  
Foto: dpa/Patrick Pleul



## **DIENSTRECHT**

ckenbiss handele es sich um eine Gelegenheitsursache, bei der zwischen dem eingetretenen Schaden eine rein zufällige Beziehung stünde und ein Dienstunfall sei ausgeschlossen, wenn sich – wie hier – in dem Schaden lediglich eine allgemeine, letztlich jeden treffende Gefahr realisiere, so entschied das BVerwG anders. Der Begriff des Dienstunfalls setze eben nicht voraus, dass der Beamte bei seiner Tätigkeit einer höheren Gefährdung als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sei oder sich in dem Körperschaden einer der konkreten dienstlichen Verrichtungen innewohnenden typischen Gefahr realisiere.

### **Abgrenzung problematisch**

Das BVerwG hat im Fall der niedersächsischen Lehrerin darüber hinaus festgestellt, dass es sich bei diesem Zeckenbiss auch um ein örtlich und zeitlich bestimmtes Schadensereignis im Sinne von § 31 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG handele. Diese Feststellung ist wichtig, weil mit Hilfe der örtlichen und zeitlichen Bestimmung die Begrenzung des Haftungsrisikos für den Dienstherrn getroffen wird. Der Dienstherr soll nämlich nur für Schadensereignisse haften, die einem Nachweis zugänglich sind, jede Verwechslung mit einem anderen Ergebnis muss ausgeschlossen werden.

Problematisch ist diese Abgrenzung bei Infektionskrankheiten, bei denen häufig aufgrund der Natur der Sache Ort und Zeitpunkt der Ansteckung nicht klar festliegend sind. Hier aber hatten beide Kollegen genau das richtige getan, nämlich eine klare Beweisführung über den dienstlichen Zusammenhang sowie Ort und Zeit des Zeckenbisses geführt.

### **Dokumentation unerlässlich**

„Angesichts der Tatsache, wie wichtig eine glasklare Dokumentation bei einem Dienstunfall mit Infektionskrankheitsgefahr ist, empfehlen wir in solchen Fällen dringend, alles zu tun, um nach Abwendung der unmittelbaren Gesundheitsgefahr sofort eine fotografische und zeugenschaftliche Beweisführung vorzunehmen. Beispielsweise kann ein Foto mit Datum und Uhrzeit von der Zecke in der Kniebeuge entscheidend sein“. Zudem sollte der „Übeltäter“, also die Zecke, aufbewahrt werden, mahnt Hugo Müller.

Im vorliegenden Fall ist das BVerwG darüber hinaus auch davon ausgegangen,





dass der Zeckenbiss in Ausübung des Dienstes im Sinne von § 31 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG geschah. Dieses Merkmal verlangt eine besonders enge ursächliche Verknüpfung des Ereignisses mit dem Dienst, denn auch hier geht es um die



**Hugo Müller, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden Bundesvorstand u. a. zuständig für übergreifende Rechtsfragen und Rechtsschutz:** „Gerade die Feststellung des BVerwG, dass auch die Dienstverrichtung außerhalb des Innendienstes mit all den ihr innewohnenden Gefahren dann dem Dienstherrn zuzurechnen ist, wenn dieser Dienst auf einer rechtmäßigen Grundlage steht und die Dienstverrichtung klar erkennbar und ebenfalls rechtmäßig ist, ist schon fast rechtshistorisch zu nennen.“

Abgrenzung von Unfällen, die ein Beamter entweder innerhalb seiner privaten Sphäre oder im Bereich des Dienstes erleidet. Der Beamte steht bei Unfällen, die sich innerhalb des vom Dienstherrn beherrschbaren räumlichen Risikobereichs ereignen unter dem besonderen Schutz der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge. Deshalb hatte das Gericht die Aufgabe, letztinstanzlich festzustellen, ob ein Zeckenbiss noch in einem vom Dienstherrn beherrschbaren Risikobereichs liege.

Das Gericht hat diese Frage so gelöst, dass es zunächst festgestellt hat, dass der außerhalb der Diensträume liegende Ort, an dem ein Beamter weisungsgemäß seinen Dienst verrichtet – hier im Freien an einer Straße – dann für die Dauer der Aufgabenerledigung vorübergehender Dienstort wird. Wenngleich sicherlich das hohe Gras am Wegesrand nicht zum

realen Machtbereich des Dienstherrn gehören kann, so hat aber das BVerwG festgestellt, dass dieser Dienstort hinsichtlich des Unfallschutzes des Beamten nicht zu einer Verschlechterung, insbesondere zu einer Erhöhung der Anforderung für die Anerkennung eines schädigenden Ereignisses als Dienstunfall führen darf. Setzt der Dienstherr einen Beamten in einem abgrenzbaren örtlichen Bereich außerhalb seines räumlichen Machtbereichs ein, wird jener Bereich dienstunfallrechtlich der räumlichen Risikosphäre des Dienstherrn zugerechnet, BVerwG 2 C 81.08, Rd.-Nr. 19.

„Gerade die Feststellung des BVerwG, dass auch die Dienstverrichtung außerhalb des Innendienstes mit all den ihr innewoh-

nenden Gefahren dann dem Dienstherrn zuzurechnen ist, wenn dieser Dienst auf einer rechtmäßigen Grundlage steht und die Dienstverrichtung klar erkennbar und ebenfalls rechtmäßig ist, ist schon fast rechtshistorisch zu nennen“, zeigt sich der stellvertretende Bundesvorsitzende, Hugo Müller erfreut. „Beachtlich viele Kolleginnen und Kollegen haben sich Jahre und Jahrzehnte mit dem Dienstherrn über die Anerkennung von Dienstunfällen auseinandergesetzt. Häufig genug wurden Leistungen unter dem schlichten Hinweis ‚allgemeines Lebensrisiko‘ abgewiesen. Diese billige Argumentation des Dienstherrn dürfte mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ein Ende gefunden haben.“

*Sascha Braun*

## Wie schütze ich mich vor Zecken?

Einen sicheren Schutz vor Zecken gibt es nicht. Aber man kann dennoch einiges tun, um Zeckenbisse zu vermeiden:

- Vermeiden Sie den Aufenthalt im hohen Gras oder Unterholz.
- Tragen Sie geschlossene Kleidung mit langen Ärmeln und lange Hosen.
- Ziehen Sie die Socken über die Hosenbeine – denn Zecken sitzen hauptsächlich im Unterholz und an Gräsern.
- Helle Kleidung ist günstiger als dunkle. Zecken kann man gut darauf erkennen und noch vor einem Stich entfernen.
- Verwenden Sie insektenabweisende Mittel. Diese helfen zumindest eine Weile. Aber auch sie stellen keinesfalls einen sicheren Schutz vor Zecken dar.

• Suchen Sie Ihren ganzen Körper nach Zecken ab, nachdem Sie sich in der Natur aufgehalten haben. Zecken sind winzig klein und krabbeln auf dem Körper und der Kleidung herum, um eine geeignete Einstichstelle für das Blutsaugen zu finden. Sie bevorzugen dünne und warme Hautstellen. Deshalb sollten Sie an den Armen, in den Kniekehlen, am Hals

und Kopf sowie im Schritt gründlich nach Zecken suchen.

*Quelle: [www.zecken.de](http://www.zecken.de), Baxter Deutschland GmbH*

### Impfung

In Europa stehen Impfungen gegen die FSME (Frühsommer-Meningoenzephalitis), jedoch nicht die Borreliose zur Verfügung. Die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut empfiehlt die FSME-Impfung für alle Personen, die in FSME-Risikogebieten Zecken ausgesetzt sind sowie Personen, die durch FSME beruflich gefährdet. Die verfügbaren Impfstoffe enthalten inaktivierte FSME-Viren. Für eine Grundimmunisierung werden insgesamt 3 Impfdosen benötigt, wobei ein hoher Anteil der geimpften Personen (>90%) bereits ab 14 bis 28 Tage nach der 2. Dosis einen vorübergehenden Impfschutz hat. Die Impfstoffe sind allgemein sehr gut verträglich. Vor allem bei Kindern werden jedoch häufig fiebrige Reaktionen beobachtet, besonders im Alter von ein bis



Die Zecke hat sich auf das Mehrfache ihres Körpergewichts vollgesaugt.  
Foto: Peter Endig/dpa



FSME-Risikogebiete in Deutschland (Basis: FSME-Erkrankungen in den Jahren 2002 bis 2009, die dem RKI übermittelt wurden, n = 2.204; Stand: 09.04.2010)

Copyright (C) 2010 Robert Koch-Institut



Quelle: Robert Koch-Institut: *Epidemiologisches Bulletin* 2010

drei Jahren und nach der ersten Impfung. Auffrischungen sollten nach den zugelassenen Schemata wie in den Fachinformationen beschrieben verabreicht werden. Wurde die Grundimmunisierung beendet, besteht auch nach einem längeren als das für die nächste Auffrischung empfohlene Intervall eine Boosterfähigkeit (38-40), so

dass die These „Jede Impfung zählt“ auch für FSME zutrifft.

Die hohe Zahl der übermittelten FSME-Erkrankungen in den letzten beiden Jahren und die Ergebnisse einer Marktforschungsstudie zum Impfstatus in südlichen Bundesländern sowie Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen

zeigen, dass der Impfschutz in den FSME-Risikogebieten immer noch unzureichend ist.

Quelle: Dr. med. Wiebke Hellenbrand, Robert-Koch-Institut, **Zecken auf dem Vormarsch: Borreliose und FSME im Gepäck**





# Bedingungen verschlechtern sich

## Es fehlen Bürgersinn, Respekt und ein verschärftes Strafrecht

**Die GdP hat gemeinsam mit der Zeitschrift „Behörden Spiegel“ eine Veranstaltungsreihe unter der Kennung Polizeitage ins Leben gerufen. Die erste Veranstaltung fand im März in Hamburg statt (siehe DP 4/10). Die zweite fand am 8. Juni 2010 in München statt zum Thema „Gewalt, – eine zunehmende Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft“.**

Das Thema des Münchener Polizeitages hatte bereits vor Beginn der von der Gewerkschaft der Polizei und dem „Behörden Spiegel“ gemeinsam organisierten Veranstaltung die bayerischen Haushalte zum Frühstück erreicht. Die Süddeutsche Zeitung titelte „Wenn ein falscher Blick genügt“ und fuhr fort: „Wegen einer Zigarette oder eines Spruchs – Jugendliche

drehen durch, ihre Opfer sind tot oder verletzt.“ Der Vizepräsident des Bayerischen Landtages, Peter Meyer, wies denn auch auf die Bedeutung der Familie und besonders auf die der Vereine hin, die in der Wertevermittlung eine weitaus größere Rolle heute spielen müssten, als dies Schule überhaupt könne.

Doch es wären die fehlenden Werte, deren Fehlen neben

Alkohol häufig die Voraussetzung für die zunehmende Gewalt nicht nur gegen Polizisten, sondern auch im familiären Umfeld darstellten. Der GdP-Bundvorsitzende Konrad Freiberg stellte neben die privaten Bereiche Familie und Freizeit auch die Veränderung der Arbeitswelt in den Fokus, die als eine Ursache der Gewaltentwicklungen auszumachen sei. Niedriglohnsektoren, Bespitzelung, Ausdehnung der Arbeitszeiten, all dies belasten Bürgerinnen und Bürger zusätzlich.

Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer,

Münchens Polizeipräsident, versuchte die zunehmende Gewalt zu lokalisieren: „Sind die Millionenstädte die Biotope

Parallelgesellschaften seien also Biotope für Macho-Gehabe und Gewalt.

Einen dritten Ort zunehmender Gewalt, sieht Münchens Polizeipräsident auf der linksextremistischen Seite und bei den Gewalttätern im Sport, die beide „unsere Polizeibeamten als staatlichen Feind Nummer eins ins Visier genommen“ haben.



**Der Autor: R. Uwe Proll ist Herausgeber und Chefredakteur des Behörden Spiegel und verantwortlich für alle Print-Produkte, Websites, sowie für die Kongressveranstaltungen, u.a. des Europäischen Polizeikongresses in Berlin.**



**Arno Helfrich, PP München, erläuterte die Polizei-Kurse für Lehrer und Erzieher zum Thema Zivilcourage.**

Foto: Jung

der Straßengewalt, Hamburg, Berlin und München?“ Dies sei eine häufig medial verkürzte Wahrnehmung, denn im Bayerischen Oberland schlagen Fußballspieler und Fans der Kreisliga aufeinander ein, in der norddeutschen Tiefebene artet das Hochzeitsbesäufnis in eine Massenschlägerei der Dorfjugend aus und im mittelsächsischen Hügelland werden Ausländer durch eine Kleinstadt geprügelt. Also: auch ländliche Gebiete sind Schlachtfelder exzessiver Gruppengewalt.

Hinzu käme, so Prof. Schmidbauer, dass „junge türkische und irakische Männer häufig gewalttätig würden, weil ihre anachronistischen Befindlichkeiten“ berührt seien. Auch die ausländischen

Doch was ist zu tun? Der Vorsitzende der GdP Bayern, Harald Schneider, der auch sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist, verwies auf die Notwendigkeit, die im Paragraph 113 Strafgesetzbuch genannten Tatbestände des „Widerstands“ gegen Vollstreckungsbeamte zu erweitern, so dass Anschläge auf Leib und Leben von Polizistinnen und Polizisten generell unter Strafe gestellt werden könnten. Hierzu, so Schneider, könne ein Paragraph 115 im StGB eingeführt werden. Der nun durch das Bundesjustizministerium vorgelegte geänderte Entwurf des Paragraphen 113 weise zwar den Zusatz „mit gefährlichen Werkzeugen“ auf, ansonsten bleibe aber im Wesentlichen alles beim Alten. Zwar





wolle der Bundesinnenminister mehr, doch das Justizministerium lege sich quer. Der Bundesvorsitzende Freiberg ergänzte an dieser Stelle: „In Hamburg und auch Berlin liegt der Gewalt gegen Polizisten Tötungsabsicht zugrunde, das kennen wir bisher nur aus Afghanistan. Der Staat ist in der Pflicht, seine Beamten zu schützen und auf der letzten Innenministerkonferenz ist wieder nichts passiert!“

Auch waren sich alle 100 Teilnehmer, zu denen zahlreiche Abgeordnete aller Landtagsfraktionen zählten, einig, dass ein weiterer erreichbarer konkreter Schritt zur Eindämmung von Gewaltexzessen die Beschränkung des freien Alkoholverkaufs an Jugendliche und insbesondere nachts erreicht werden müsse. Dass übermäßiger Alkoholkonsum enthemme, sei keine neue Erkenntnis, doch dass hochprozentiger Alkohol rund um die Uhr an Tankstellen angeboten würde, sei eine bedenkliche Entwicklung. So sprachen sich alle Polizeixperten, vorneweg Münchens Polizeipräsident, für ein Verbot der nächtlichen Abgabe von Alkohol an Tankstellen aus, gaben gleichzeitig der Politik mit auf den Weg über eine Wiedereinführung der landesweiten Sperrstunde zu diskutieren.

Bei 38,1 Prozent der schweren und gefährlichen Körperverletzungen waren in München die Beteiligten alkoholisiert. Die meisten dieser Delikte wurden in Ausgevierteln begangen. In Deutschland müssen jährlich 23.000 Kinder und Jugendliche mit Alkoholvergiftung behandelt werden, allein in München sind es über 200 im Jahr.

### Sanktion und Prävention

Der Vorsitzende der Bayerischen GdP zitierte Sokrates, der sich bereits maßlos über das Fehlverhalten bei Kindern und Jugendlichen in der Antike ärgerte. Gewalt sei ein Thema seit jeher, es sei normal für Jugendliche, Grenzen auszuloten und auch schon mal zu überschreiten. Früher sei bei einer Rauferei aber ein am Boden liegender tabu gewesen, heute würde das Opfer am Boden liegend so lange getreten bis es bewusstlos oder tot sei.

Was also Not tut, ist Prävention bei Kindern und Jugendlichen. Gegenüber den oben genannten Mitteln einer Strafverschärfung und eines nächtlichen Alkoholverbotes, sind Maßnahmen im Bereich der Erziehung und Sozialarbeit in ihren Wirkungen nur sehr langfristig zu messen,

dennoch – und das machte der Polizeitag in München deutlich – ein gemeinsames wichtiges Anliegen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Polizei und auch der Politik. Dabei darf allerdings die Grenze zwischen polizeilichem Handeln, nämlich dem Eingreifen im Falle einer Straftat, und der Sozialarbeit nicht verwischt werden. Die Polizei sei kein Reparaturbetrieb und bekanntlich sei eine gute Sozialpolitik die beste Kriminalprävention. Doch im Moment fehlen Institutionen, die im präventiven Bereich Kompetenzen bündeln würden, die Institutionen Familie und Schule hätten ihren Alleinanspruch im auch präventiven Charakter von Erziehung und Bildung eingebüßt. So bleibt es also doch bei Polizei und privaten Initiativen.

„aufgeschaut“ und „zammgraut“ sind Polizei-Kurse für Kinder und Jugendliche in Bayern, die Selbstbehauptung und Zivilcourage fördern sollen. Polizisten werden quasi zu Pädagogen und gehen mit diesen Lernprogrammen in die Schulen, um dort die Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen als Multiplikatoren zu schulen. Beim Kommissariat 105 des Münchener Polizeipräsidiiums hat man besonders nach den zwei tragischen Gewaltfällen in der Münchener U- bzw. S-Bahn auch die erwachsene Gesamtbevölkerung im Blick. So bietet man auch hier einen Kurs für Zivilcourage und Selbstsicherheit an und hat ein Informations- und Weiterbildungsprogramm mit dem Titel „Prävention & Opferschutz“ aufgelegt. Das Ganze steht unter dem Motto: „Wir wollen, dass Sie sicher leben. Ihre Münchener Polizei.“

Mit PIT (Prävention im Team), begeht die Münchener Polizei ebenfalls Neuland. Jugendbeamte in allen Dienststellen sollen ihr besonderes Augenmerk bei der täglichen Polizeiarbeit auf auffällige Jugendliche legen.

### Zivilcourage und Ehrenamt

Ein besonders engagiertes Beispiel für die bedeutende Rolle, die zivilgesellschaftliche Institutionen bei der Prävention spielen können, lieferte Alois J. Meier, Vorstand der Dominik-Brunner-Stiftung, wie der von Jugendlichen getötete selbst Unternehmer. So plane man in Landsberg ein Bürgerhaus, das vor allem als „Wohnzimmer für Kinder und Jugendliche dienen solle, die zu Hause keines haben.“ Warmes Essen und Hausaufgabenbetreuung stünden dabei auf dem Programm. Die Initiative wird vollständig



aus privaten Mitteln getragen. Außerdem wolle man demnächst gegen Spenden ein Courage-Abzeichen verkaufen, dessen Träger zum Ausdruck bringe, im Ernstfall einem in Not geratenen Gewaltopfer beizustehen. Bayern München-Manager Uli Hoeneß habe zugesagt, den ebenfalls geplanten Zivilcourage-Preis der Stiftung am Ende eines Heimspiels vor 70.000

– oder besser gefordert – ist nun die Politik, maßgeblich mit gesetzgeberischen, politischen und auch materiellen Mitteln den Kampf gegen die zunehmende Gewalttätigkeit in dieser Gesellschaft zu unterstützen. Stattdessen jedoch, nimmt sie häufig der Polizei die Instrumente oder schränkt sie ein. So appellierte der Polizeitag München eindeutig an den Ba-



Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg im TV-Interview auf dem Münchener Polizeitag. Foto: Jung

Zuschauern in der Allianz Arena zu verleihen. Die Dominik-Brunner-Stiftung arbeitet zudem eng mit dem Münchener Polizeipräsidium und der Stadtverwaltung zusammen und hat hierzu ein Bündnis gegründet.

In München tut sich viel, denn der Schock besonders bei Bürgerinnen und Bürgern über die Gewalttaten im Öffentlichen Nahverkehr sitzen tief und haben zur Verunsicherung beigetragen. Mit dem „Münchener Blaulicht – Polizeiverein für Prävention und Bürgerbegegnungen“ ist eine weitere Initiative auf den Weg gebracht worden, die die Begegnung zwischen Bürgern und Polizei fördern, den direkten Dialog ermöglichen und den Präventionsgedanken in der Bevölkerung festigen will.

Es tut sich was, zumindest in der Bürgerschaft und bei der Polizei! Gefragt

yerischen Landtag, die Herabstufung des Verbotes der Vermummung und der Passivbewaffnung zu einer Ordnungswidrigkeit in der Novellierung des Bayerischen Versammlungsgesetzes noch einmal zu überdenken, denn dies ermutige die Gewaltbereiten besonders, ihre Aggressionen gegen Polizeibeamte zu richten.

**R. Uwe Proll**

*Über den am 15. Juni in Hannover stattgefundenen Polizeitag zum Thema „Cyber-Crime – eine Bedrohung für die moderne Informationsgesellschaft“ wird DP im August berichten. Ebenso werden wir über die Veranstaltungen am 9. Juli in Düsseldorf zum Thema „Polizei der Zukunft – Zukunft der Polizei“ und am 2. September in Berlin zum Thema „Strategien gegen Gewalt – Prävention, Schutz und Gesetzgebung“ informieren.*

**Die Redaktion**

## Vom Hören fürs Schreiben lernen

### 2. Schreibseminar der Polizei-Poeten

Das Radio kann man nicht zurückspulen. Ein unverständener Satz, ein verwaschenes Wort sind unrettbar verloren. Fürs Hören schreiben – das bedeutet klare Worte finden, prägnante Sätze formulieren und Bilder vor dem inneren Auge des Hörers malen. Davon kann jeder profitieren, der schreibt – denn alle haben eines gemeinsam – sie möchten in dem, was sie zu sagen haben, verstanden werden.

Unser Seminar vom 29. - 31.10.2010 auf Schloß Gimborn wird dazu einen guten Beitrag leisten

Volker Uhl, Gründer der Polizei-Poeten, wird mit kreativen Schreibübungen zu bemerkenswerte Resultate anleiten.

Christiane Neukirch, vom Bayerischen Rundfunk, wird vom Schreiben fürs Radio berichten, Manuskript- und Hörbeispiele bringen. Ferner werden wir uns wahrnehmend und technisch dem Erfolgsgeheimnis eines guten Interviews nähern.

Das Seminar richtet sich sowohl an interessierte Schreibanfänger, Redakteure von Verbandszeitschriften und Online-Publikationen als auch an bereits versierte Autoren. Es steht allen interessierten Polizeibediensteten offen. Der Teilnahmebeitrag von 120 Euro ist zu Seminarbeginn vor Ort fällig. IPA-Mitglieder zahlen 100 Euro. In dem Teilnahmebeitrag sind sämtliche Kosten für das fachliche Seminarangebot, Unterbringung und Verpflegung enthalten; eine Erstattung nicht in Anspruch genommener Leistungen erfolgt nicht.

Verbindliche Anmeldungen sind zu richten an:

Informations- und Bildungszentrum  
Schloß Gimborn  
Schloßstraße 10  
D-51709 Marienheide

Telefon: 02264-404330  
Telefax: 02264-3713

E-Mail: [info@ibz-gimborn.de](mailto:info@ibz-gimborn.de)

Weitere Informationen unter [www.ibz-gimborn.de](http://www.ibz-gimborn.de)

**Volker Uhl**



## Zu: Ultras gehen auf GdP los, DP 3/10

Es ist für eine/en Polizeibeamtin/-beamten wohl sehr frustrierend und demotivierend, sich durch einen Mob mit „ACAB“ beleidigen lassen zu müssen und die Gerichte dies „nur um die Beleidigung eines Kollektivs“ ansieht, was somit nicht strafbar ist. Würde man den Spruch abändern in

„All Judges Are Bastards“, oder „All Politicians Are Bastards“

Würde mich brennend interessieren, ob Richter oder Volksvertreter dann immer noch der Meinung sind, dass es sich dabei „nur um eine (straffreie) Beleidigung eines Kollektivs“ handeln soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die ständig zunehmende und brutaler werdende Gewalt anprangern, ausgehend von Jugendlichen, besonders solche, mit Migrationshintergrund, die gewisse politische Parteien (und viele Medien) vor wenigen Jahren noch „unsere ausländischen Freunde“ genannt haben.

Hier besteht seitens der Politiker sicher erheblicher Handlungsbedarf, der Polizei Mittel in die Hand zu geben, den verloren gegangenen Respekt wieder zurück zu gewinnen.

Name ist der Redaktion bekannt



**Mit Interesse habe ich den o. g. Bericht gelesen. Ich möchte hier nochmals auf die von Ihnen bezeichnete menschenverachtende „Geistes“-Haltung eingehen und darauf hinweisen, dass es eine Vielzahl von Umschreibungen gibt, die „uns“, die Polizei, verunglimpfen und sogar nach dem Leben trachten.**

Mit „ACAB“ (All Cops Are Bastards) ist nur ein Anfang gemacht. Mit weiteren Tags an Wänden und Mauern wird öffentlich zu Straftaten gegen Polizisten, gegen die Polizei, aufgerufen. Ich möchte einige Beispiele benennen, die ich mit Bildern aus der Praxis unterlegen möchte, um so auf die Wahrheit und die Wahrhaftigkeit

der enthaltenden Aussagen und der damit verbundenen Gefahr hinweisen:



„Fick die Cops“ ist noch eine „nette“ Umschreibung, die fast überall zu finden ist.



Eine etwas deutlichere Sprache wählt der nächste Ersteller in seiner „Message“ „Bullenhass“; und teilt uns sein „Grollen“ mit.



Sollte dieses nicht reichen, wird auch gleich in der nächsten Mitteilung eine Handlungsempfehlung mitgeteilt: „Das Wie!“



Das Thema gewinnt deutlich an Schärfe, mit diesem Aufruf: „Steht Bullen ab“. Vorausgesetzt der Schreiber hat mit Bullen die Polizei gemeint: „Ist auch hier das Kollektiv nicht geschützt?“

Das Thema „Zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte“ findet sich nicht nur in den aktuellen Statistiken wieder. Es steht an Häusern und Wänden. Auch im PVP steht unmittelbar neben dem Schlagwort im Phänomenbereich „Gewalt gegen Sachen“; „Gewalt gegen Personen“.

Ich habe im Studium gelernt, dass Gewalt gegen Sachen die vorweggenommene, zielgerichtete Gewalt gegen Personen bedeutet.

### Bemerkenswert:

... Graffiti, einer Jugendästhetik, die kulturübergreifend und über ethnische Grenzen hinweg das Lebensgefühl einer ganzen Generation ausdrückt, einer „Jugendbewegung“, die international boomt und deren Ende nicht abzusehen ist.

Quelle: Graffiti im Kunstunterricht; Ingrid Schneider, 2003

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch einige weitere Tags zur Erklärung aufführen, die die Szene benutzt um eine Verunglimpfung zu erreichen und deren Sinneshaltung erkennen lässt.

- „NWA“ = „Fuck tha police“ (Abkürzung für „Niggaz Wit Attitudes“ – eine Hip-Hop-Crew. Ein erfolgreicher Song war = „Fuck tha police“)
  - „1312“ = „ACAB“ (siehe mehr: Google = 1312 acab)
- Auch Bekleidung wird in der Zwischenzeit mit „1312“ an geboten.
- „CopACABana“

Klaus Matschuck, KK Bad Oeynhausen, seit 2003 Jugendsachbearbeiter in einem Regionalkommissariat und ebenso zuständig für die Sachbearbeitung von Graffiti-Straftaten.





# Der Bereitschaftspolizist ohne Wochenende wird auch weiterhin Bestand haben

**Anfang Juni trafen sich die Kollegen Jörg Radek, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP zuständig für die Bereitschaftspolizei, und Bernhard Schmidt, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, dem Kollegen Jürgen Schubert, zu einem Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Aktueller Anlass war der Jahresbericht 2009 des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder.**

Die herausragenden Einsätze des Berichtszeitraums – der Natogipfel in Frankreich und Deutschland, der 1. Mai 2009 in Berlin, Hamburg, Dortmund ..., der Besuch Barack Obamas in Dresden, Einsätze

Entwicklung kritisch begleiten. Es darf nicht zu einer Zweiklassen-Bereitschaftspolizei kommen.

Auch die Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei war und ist Thema der

auseinander.

Auch die notwendigen Mittel für die zu beschaffende Ausstattung der Bereitschaftspolizei – ca. 15-17 Mio. Euro pro Jahr – werden kaum ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf der Bereitschaftspolizeien der Länder zu decken.

Der Ausblick auf die Zukunft der Bereitschaftspolizeien der Länder im Kontext mit der Bundesbereitschaftspolizei weist auf eine unvermindert steigende Einsatzbelastung für die Angehörigen der Bereitschaftspolizeien hin. Die Bereitschaftspolizistin, der Bereitschaftspolizist



**Einsatz auf der Europabrücke in Kehl anlässlich des Natogipfels in Frankreich und Deutschland  
Foto: Volkmann**

im Zusammenhang mit der Rockerszene, der Klimagipfel in Kopenhagen, und last but not least die ständig steigende Anzahl von Einsätzen im Zusammenhang mit der Austragung von Fußballspielen – waren Themen des Gesprächs. Insbesondere wurde auf die ständig steigende Gewaltbereitschaft, vor allem auch im Zusammenhang mit der Austragung von Fußballspielen und die sich ständig verschärfende Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung bei „Veranstaltungen“ der Linken Szene thematisiert. Hier stand die Erörterung der Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde auf die besondere Einsatzeinbindung der Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten eingegangen. Hier wird der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei die

gemeinsamen Erörterung. So nahm die Anzahl der länderübergreifenden Unterstützungseinsätze seit 2005 kontinuierlich zu. Leistete die Bereitschaftspolizei 2005 noch 89 Unterstützungseinsätze so waren es 2009 schon 160 (2008 = 127 Unterstützungseinsätze). Der Löwenanteil von 31 % entfiel dabei auf Unterstützungseinsätze mit dem Einsatzgrund Fußball.

Die Sollstärke der Bereitschaftspolizei erhöhte sich im Berichtszeitraum um 12 Stellen auf 16.423 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal jede betroffene Kollegin und jeder betroffene Kollege den Unterschied zwischen Sollstärke und Iststärke täglich schmerzhaft spüren muss. Klafft doch die Lücke zwischen der Zunahme der Einsatzanlässe und dem einsetzbaren Personalbestand immer weiter

ohne Wochenende wird auch weiterhin Bestand haben.

Mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, dem Kollegen Jürgen Schubert, haben wir einen kompetenten Sachwalter der Belange der Bereitschaftspolizei im Bundesinnenministerium. Der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei wird die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Schubert fortführen und im Interesse der Bereitschaftspolizei, wo es notwendig ist, intensivieren.

Wir wünschen dem Kollegen Schubert auch in seinem neuen Domizil in Berlin am Fehrbelliner Platz 3 viel Glück und weiterhin viel Geschick im Umgang mit den Belangen der Bereitschaftspolizei. Die Gewerkschaft der Polizei bietet auch weiterhin ihre Unterstützung an.

**Bernhard Schmidt**



## Pflegesensible Arbeitszeiten

Immer mehr Berufstätige stehen vor der Herausforderung, ihren Beruf mit der Pflege nahestehender Angehöriger in Einklang zu bringen. Die Übernahme solch privater Pflegeaufgaben hängt stark davon ab, ob die beruflichen Rahmenbedingungen und insbesondere die Arbeitszeiten eine Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen.

Das Berliner Forschungsinstitut SowiTra hat deshalb in Kooperation mit der Universität Münster und finanziert durch die Hans Böckler Stiftung, das sehr spannende Forschungsprojekt „Pflegesens-

sible Arbeitszeiten“ ins Leben gerufen. Die Forscher/innen wollen wissen, welche Arbeitszeiten geeignet sind, die beruflichen Anforderungen mit den Bedarfen pflegebedürftiger Menschen in Einklang zu bringen. Dazu sollen Beschäftigte mit privaten Pflegeaufgaben nach ihrem Alltag befragt werden, sie sollen Auskunft darüber geben, wie sie Arbeit und Pflege unter einen Hut kriegen, wann es gut läuft und wann es auch mal eng wird.

Auf der Basis der so gewonnenen Erkenntnisse wollen die Forscher/innen Hin-

weise zur Gestaltung von pflegesensiblen Arbeitszeiten entwickeln, um so zukünftig die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – auch für Menschen im Polizeidienst – zu erleichtern.

Wer neben seinem Beruf im privaten Umfeld auch noch Pflegeaufgaben übernommen hat und bereit ist, darüber in einem persönlichen Gespräch Auskunft zu geben, kann sich bei den Forscher/innen unter folgender Adresse melden:

SowiTra – Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer

Stefan Reuyß

Mahlower Str. 23/24

12049 Berlin

Tel.: 030 / 530 14 279

E-Mail: stefan.reuys@sowitra.de

## Israel-Seminar

Israel und Deutschland sind durch ein dichtes Netz politischer, wirtschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Kontakte verbunden. Dieses Netz entstand bereits in den Fünfzigerjahren auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Vergangenheit, der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Juden, ist dabei stets gegenwärtig. Das Wissen um diese Vergangenheit wird den Beziehungen zwischen beiden Staaten immer einen besonderen Charakter verleihen. Unser bildungspolitisches Seminar vom 7.-14. November 2010 bietet einen Überblick über Höhen und Tiefen der deutsch-israelischen Beziehungsgeschichte und will die Vielfalt des Beziehungsgeflechts zeigen.

Höhepunkte der Seminarreise werden Gespräche mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung sein. Geplant ist weiter ein Besuch beim

israelischen Police-Headquarter, so wie, wenn möglich, beim Ministerium des Inneren in Jerusalem. In Haifa steht ein Gespräch mit der Universität in der Fakultät „Sicherheitspolitik“, auf dem Programm. Ein „Muss“ ist der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Weiter steht ein Treffen mit Vertretern der israelischen Gewerkschaftsbewegung „Histadruth“ im Programm.

Die Anerkennung dieses Seminars als Bildungsurlaub ist beantragt.

Teilnehmen können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Institutionen für Innere Sicherheit und deren Angehörige.



**Yad Vashem – Holocaust-Gedenkstätte in Israel**

**Foto: Abir Sultan/dpa**

Kosten: 1.150 Euro für GdP-Mitglieder, 1.250 Euro für Nichtmitglieder.

Weiteres unter [www.hgdp-sh.de](http://www.hgdp-sh.de)  
Kontakt: GdP Schleswig-Holstein,  
Telefon: 0431-17091.

# **AIDS-Drama „Themba“ ausgezeichnet**

**Pünktlich zum Start der Fußball-WM in Südafrika hat der Spielfilm „Themba“ den DGB-Preis für gesellschaftlich in besonderer Weise engagierte Filme gewonnen.**

Vier Filme waren im Rahmen des 21. Filmfestes Emden-Norderney für den Publikumspreis der Gewerkschaften nominiert gewesen, ihre Themen reichten von Analphabetismus über Medienkritik bis hin zu Widerstand gegen den Faschismus. Doch Themba, ein bewegendes Drama rund um Fußball und AIDS, erhielt letztlich die höchste Wertung durch das Publikum.

Der in Deutschland und Südafrika produzierte Film erzählt die bewegende Geschichte eines jungen Afrikaners, der in ärmlichen Verhältnissen aufwächst. Fußball ist der einzige Hoffnungsschimmer im Leben des 11-jährigen Themba. Er lebt mit seiner Mutter und seiner jüngeren Schwester in einer kleinen Hütte am Eastern Cape. Gemeinsam mit seinen Freunden träumt er davon, eines Tages bei der Weltmeisterschaft zu spielen, und trainiert hart dafür. Als bei einem Nachwuchsturnier FIFA-Trainer John Jacobs, gespielt vom deutschen Ex-Nationaltorhüter Jens Lehmann, auf ihn aufmerksam wird, scheint sein Traum in Erfüllung zu gehen.

Doch zurück im Dorf holt ihn die Re-



**Themba mit Ex-Nationaltorhüter Jens Lehmann**

alität ein: Themba wird Opfer einer Vergewaltigung, als er seine Schwester vor dem gewalttätigen Stiefvater schützen

will. Niedergeschlagen macht Themba sich auf die Suche nach seiner Mutter, die mittlerweile in Kapstadt für den Unterhalt der Familie sorgen muss. Schließlich findet er sie in den Slums der Großstadt, schwer krank und von AIDS gezeichnet. Damit er die teuren Medikamente für seine Mutter bezahlen kann, macht sich Themba auf die Suche nach dem Trainer Jacobs, um ihn um einen Job zu bitten.

Dieser erinnert sich tatsächlich an ihn und beruft ihn in die Nachwuchsmannschaft

*Fortsetzung auf Seite 30*



# Kompendium erfolgreicher Verkehrssicherheitsarbeit

**In der Politik und den Medien werden die seit Jahren stetig rückläufigen Zahlen der Verkehrstoten oft als Erfolg gefeiert. Die aner kennenswerten Ergebnisse genügen jedoch bei weitem nicht, dem Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit im gebotenen Maß (Vision Zero) zu entsprechen. Über elf Getötete und fast 1.200 Verletzte noch immer täglich auf unseren Straßen sind kein Grund, in den Bemühungen nachzulassen.**

Regionale und lokale Vergleiche in der Verkehrssicherheit weisen oft große Diskrepanzen auf. Der kontinuierliche Abfall der Getötetenzahlen zeigt auch in den deutschen Bundesländern, dass noch ein großes Optimierungspotenzial besteht und negative Effekte des Grenzwertnutzens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind. Diese Auffassung vertritt auch ein in der polizeilichen Verkehrswissenschaft versiertes Autorenteam: Hans-Peter Günzel, Bernd Ketzner, Uwe Koslowski und Martin Mönnighoff in ihrem neuen Buch „Verkehrslehre“. Die vier renommierten Experten haben aktuelle nationale und internationale Erkenntnisse und Erfahrungen der Verkehrssicherheitsarbeit für die Aus- und Fortbildung des höheren Dienstes der Polizeien des Bundes und der Länder an der Deutschen Hochschule der Polizei ausgewertet und übersichtlich in einem derzeit wohl einzigartigen Werk zusammengeführt. In den 14 Abschnitten ihres in 11. Auflage völlig neu konzipierten Lehrbuchs „Verkehrslehre“ formulierten die Verfasser insgesamt die wesentliche Aspekte, Problemfelder und Lösungsmöglichkeiten der heute und morgen gebotenen wirksamen Unfallbekämpfung stringent und anschaulich.

Das Lehr- und Lernbuch vermittelt integrative und kooperative Unfallbekämpfungsansätze, die verschiedenartige psychologisch und ökonomisch zielführende Interventionen sowie die Veränderung des Umfeldes in einer Verbundstrategie miteinander kombinieren.

Einen Schwerpunkt nehmen zunächst die Verkehrsunfallaufnahme und die Auswertung von Verkehrsunfällen ein. Da Unfälle in der Regel keine schicksalhafte, unvermeidbare Nebenerscheinung des Straßenverkehrs, sondern in den meisten Fällen Folgen vermeidbaren menschlich Fehlverhaltens sind, beleuchten die Autoren nach unterschiedlichen Kriterien das Zustandekommen dieser sozialschädlichen Ereignisse. Neben der Unfallaufnahme im Sinne einer Tatortaufnahme bilden

die nach einem Schadensfall gewonnenen Informationen zugleich eine wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Verkehrsunfallprävention. Deutlich geben die Verfasser zu erkennen, dass die Vielfalt der Ursachen der Verkehrsunfälle einen genauso vielfältigen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der Verkehrssicherheit er-



fordert. Wer nicht weiß, was auf diesem Gebiet und inwieweit es wirksam ist, kann bei der Unfallbekämpfung nur selten erfolgreich sein.

Als für die Sicherheit meist ausschlaggebendes Handlungsfeld der Verbundstrategie wird – zu Recht an erster Stelle – die zuverlässige und fehlerverzeihende Gestaltung des Verkehrsraumes in einem Gesamtüberblick betrachtet. Die weiteren einschlägigen Themenfelder der Verbundstrategie, Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Verkehrsüberwachung werden, da in der Polizeipraxis unmittelbar und aus originärem Recht anzuwenden, im Buch differenziert auch in konkreten Handlungsalternativen bzw. Interventionsmög-

lichkeiten dargestellt. In den Abschnitten „Hauptunfallursachen“ sowie „Risikogruppen“ gibt es zuverlässige Antworten auf in der Praxis häufig vorkommende Fragen – durch zahlreiche positive Beispiele ergänzt.

Aktuellen Entwicklungen und Erkenntnissen um die Wirksamkeit von Verkehrssicherheitsarbeit, dem ganz entscheidenden Feld für eine effektive und effiziente polizeiliche Unfallbekämpfung, ist ebenfalls ein eigenes Kapitel, u. a. mit praxisorientierten und nützlichen empirischen Aussagen sowie Methodenempfehlungen für Evaluationen gewidmet.

Weitere Abschnitte mit näheren Betrachtungen zu den erfolgsweisenden Ansätzen integrativer bzw. kooperativer Verkehrssicherheitsarbeit, zu Telematik und Verkehrsmanagement einschließlich aktueller verkehrspolitischer Fragestellungen wie z. B. Maut, CO<sub>2</sub>-Emissionen oder Tempolimit sowie schlagkräftiger Argumente hierzu runden die treffende Darstellung der komplexen Voraussetzungen einer höheren Verkehrssicherheit eindrucksvoll ab.

Die sehr aktuell und klug gewählten Beiträge des völlig neu konzipierten Leitfadens für Verkehrssicherheitsarbeit in Studium und Praxis „Verkehrslehre“ bietet Führungskräften und Praktikern, Lehrenden und Studierenden insbesondere Gelegenheit, wichtige aktuelle Erkenntnisse und Erfahrungen konzentriert aufzugreifen sowie die neuesten Entwicklungen und Problemlösungen für künftige lokale Erfolge in der wirksamen Verkehrsunfallbekämpfung abzurufen. Kurze Fazits nach Teilabschnitten sowie exemplarische Fragen und Aufgaben zur Lernzielsicherung dienen der Festigung des Wissens bei Studierenden und Praktikern.

Bleibt zu hoffen, dass der Inhalt des Buches von Verantwortlichen und Aktiven aufgenommen wird und es ihnen sodann auch an der Entschlossenheit nicht fehlen möge, die vorhandenen Erkenntnisse für künftige Erfolge der wirksamen Verkehrsunfallbekämpfung zu nutzen.

*Peter Schlanstein*

**Verkehrslehre – Leitfaden für Verkehrssicherheitsarbeit in Studium und Praxis, Hans-Peter Günzel, Bernd Ketzner, Uwe Koslowski, Martin Mönnighoff, Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH, 2009, 604 Seiten, broschiert, 25,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0622-5**



# Wasserschutzpolizei-Kenntnisse gefragt

**Im Sommer wird die Wasserschutzpolizei von der Bevölkerung besonders intensiv wahrgenommen. Gut zu tun hat sie das ganze Jahr über. Die Hauptaufgaben der Wasserschutzpolizei liegen vor allem in der Überwachung der Schifffahrtsstraßen, im Gewässer- und Umweltschutz und in der Überwachung von Sicherheitsvorschriften bei Schiffen, die gefährliche Güter transportieren. Unser Sommer-Preisausschreiben dreht sich um diesen interessanten und umfangreichen Bereich der Polizei. Wer Bescheid weiß, kann einen unserer attraktiven Preise gewinnen.**

1. Wie heißt der amtierende Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses „Wasserschutzpolizei“?

- a) Bernhard Schmidt
- b) Bernhard Huth
- c) Werner Huth
- d) Lothar Hölzgen

2. Wo ist die länderübergreifende Bildungsstätte für die Wasserschutzpolizei, die Wasserschutzpolizei-Schule, angesiedelt?

- a) in Bremen
- b) in Emden
- c) in Hamburg
- d) in Rostock

3. In welchem Land gibt es keine Wasserschutzpolizei?

- a) Thüringen
- b) Baden-Württemberg
- c) Sachsen-Anhalt
- d) Saarland

4. In welchem Land sind die Polizeiboote mit Einrichtungen zum Löschen von Bränden an Land oder auf anderen Wasserfahrzeugen versehen?

- a) Brandenburg
- b) Berlin
- c) Bayern
- d) Schleswig-Holstein

5. In welchem Land führt die Wasserschutzpolizei die Fischereiaufsicht in den eigenen Hoheitsgewässern durch?

- a) Hamburg
- b) Bremen
- c) Schleswig-Holstein
- d) Niedersachsen

6. Wo endet i.d.R. die Zuständigkeit der Wasserschutzpolizeien der Küstenländer?

- a) an der äußeren Begrenzung der 3-See-meilen-Zone
- b) an der Wasserlinie bei Niedrigwasser
- c) an der äußeren Begrenzung der 12-See-meilen-Zone

d) an der äußeren Begrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszone

7. Wo beginnt der originäre Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei (See)?

- a) seewärts der Molenköpfe an den Hafeneinfahrten

- b) seewärts der mittleren Hochwasserlinie
- c) im Anschluss an die Hoheitsgewässer der Länder
- d) dort, wo nach Definition des UN-See rechtsübereinkommens die hohe See beginnt

8. Welche Sichtzeichen zeigen Polizeiboote, wenn sie in Erfüllung polizeilicher Aufgaben die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährden?

- a) sie schießen „rote Sterne“ mit der Signalpistole
- b) ununterbrochenes Blaulicht
- c) gelbes Funkellicht
- d) dauerndes blaues Funkellicht



Patrouille der Wasserschutzpolizei auf einer Binnenwasserstraße in Nordrhein-Westfalen.  
Foto: Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e. V.

## Einsendeschluss: 2. August

**2010** (Die Gewinner werden in der September-Ausgabe 2010 bekannt gegeben.)

## Lösungen unter dem Kennwort „Preisausschreiben“ an:

Gewerkschaft der Polizei  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstr. 4  
10555 Berlin  
oder per E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de

Telefax: 030 - 39 99 21 - 200  
Sollten mehr richtige Lösungen eingehen, als Gewinne bereitstehen, entscheidet das Los. Eine Barauszahlung, Auszahlung in Sachwerten oder Tausch der Gewinne ist nicht möglich.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind hauptamtlich Beschäftigte der Gewerkschaft der Polizei. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



## SOMMER-PREISAUSSCHREIBEN

### 1. Preis:

Uhr von Luminox „Navy Seal Black“ mit revolutionärem Beleuchtungssystem



### 2. Preis:

SEK-Trolley von MLE



### 3. Preis:

Brille „Flak Jacket“ von Oakley mit Case



### 4. - 8. Preis:

je ein Virenschutzprogramm „Internet Security 2010“ für 3 PCs von McAfee



## Das sind die Preise:

### 9. Preis:

Rucksack der Marke Halfar (gestiftet von OSG)



### 10. Preis:

Freizeittasche der Marke Halfar (gestiftet von OSG)



### 11. Preis

Umhängetasche der Marke Halfar (gestiftet von OSG)







# Vizepräsident, Präsident und GdP-Mitglied

**Er ging gleich nach dem Kriege 1945 zur Polizei und war ein Schutzmann auf der Straße. Gerhard Boeden. Sein erster Dienstgrad bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen: „Rottwachtmeister“. Er wechselte zur Kripo und 1956 zum Bundeskriminalamt. Dort brachte er es zum Vizepräsidenten und ging erst einmal im Jahr 1987 in Pension. Als er wenige Wochen später aus seinem Ruhestand reaktiviert wurde, war er noch einmal vier Jahre Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Eine Bilderbuchkarriere. Bei allem persönlichen Erfolg ist er immer seinem sozialen Gewissen gefolgt: Gerhard Boeden gehörte seit 1952 zur Gewerkschaft der Polizei. Er starb im Mai im Alter von 85 Jahren nach schwerer Krankheit in Bonn.**

Gerhard Boeden war ein allseits beliebter Vorgesetzter. In den Zeiten höchster persönlicher Beanspruchung für Person und Amt ist er immer Mensch geblieben. Den Kontakt zur Basis hat er niemals verloren. Auch nicht in den siebziger Jahren, als der bundesdeutsche Rechtsstaat stärksten Beanspruchungen ausgesetzt, die Demokratie in Gefahr war. Boeden fungierte als Zentraler Einsatzleiter des Bundes bei der Fahndung nach der „Roten Armee Fraktion“, als der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt war und die Bundesrepublik erpresst wurde. Gerhard Boeden hatte 1975 im BKA die Abteilung Terrorismusbekämpfung (TE) aufgebaut, zuvor war er Leiter der berühmten Sicherungsgruppe Bonn.

Boedens Gesicht wurde im Rahmen der damaligen Terrorismusfahndung im Fernsehen so etwas wie das Erkennungszeichen der deutschen Polizei. Die eloquente Art Boedens und seine Nervenkraft machten ihn zum idealen Fahnder. Doch die Suche nach den abgetauchten Mitgliedern der RAF brachte den Sicherheitsbehörden nicht nur Erfolge. Boeden stellte sich zu jedem Zeitpunkt vor seine Leute – und die deutsche Polizei. Föderalistische Querelen bei der Terrorismusbekämpfung hat er mit Geduld ertragen. Für mehrere Jahre leitete Boeden die Kommission Staatsschutz der AG Kripo.

Der Ausbau des BKA-Standortes bei Bonn zur Zentrale des Staatsschutzes war maßgeblich Gerhard Boedens Werk. Der Aufbau der Hauptabteilung Meckenheim mit der Abteilung Sicherungsgruppe (damals war Sitz der Regierung noch Bonn), den Abteilungen Staatsschutz und Technische Dienste, ferner der Bau des neuen zweckmäßigen Gebäudekomplexes auf freiem Feld, entsprangen Boedens maßgeblicher Initiative.

Gerhard Boeden war mit Leib und Seele Staatsschützer. Er verstand sich alseine



**Verdienste um die innere Sicherheit – Gerhard Boeden starb im Alter von 85 Jahren**  
Foto: GdP

eigene Art von Kriminalbeamten, der einerseits politisch mitdenkt und an der Gestaltung der Inneren Sicherheit verantwortlich mitwirkt, andererseits auch nicht abhob, sondern den eigenen Wurzeln treu blieb und wusste, dass Erfolg nicht im Alleingang zu erreichen ist.

Gerhard Boeden hatte sehr genaue Vorstellungen zur eigenen Person. Sein Ziel war es, an entscheidender Stelle an der Gestaltung des Bundeskriminalamtes zu einer führenden und schlagkräftigen europäischen Zentralbehörde mitzuwirken.

Vor allem die Zeiten, in der Gerhard Boeden Vizepräsident des Bundeskriminalamtes war, erlaubten es ihm, seine Ideen an entscheidender Stelle einzubringen. Und unmittelbar persönlich an der Personalentwicklung des BKA mitzuwirken, seinen Sinn für die Sorgen und Nöte der Mitarbeiter umzusetzen. Sein Büro in der oberen Etage des Bundeskriminalamtes hatte stets eine offene Tür, im

wahrsten Sinne des Wortes. Seine Nähe zu den Mitarbeitern war sprichwörtlich.

1987 wurde Boeden in einer emotionalen Feierstunde beim BKA verabschiedet.

Doch in Innenministerium und Kanzleramt erinnerte man sich noch einmal an den agilen und erfahrenen Pensionär. Wenige Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Polizeidienst wurde er zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt. Seine Fähigkeiten im Staatsschutz und seine Führungspersönlichkeit machten Gerhard Boeden im BfV zu einem guten Amtschef. Er brachte das Bundesamt in einer damals kritischen Lage wieder in ruhiges Fahrwasser. Als die Pensionierung beim BfV anstand, hat sogar der Personalrat der Kölner Behörde beim Innenministerium erfolgreich interveniert, um eine Verlängerung der Amtszeit Boedens zu erreichen. Beamtenrechtlich wohl einmalig: Im Ruhestand konnte Gerhard Boeden zwei Ruhestandsbezeichnungen führen: Vizepräsident a.D. und Präsident a.D.

Schon früh in seiner Laufbahn wusste Gerhard Boeden, dass eine starke Interessenvertretung für die Bediensteten der Polizei notwendig ist. Seine Zeit als Mitglied der GdP spiegelt auch ein wenig Gewerkschaftsgeschichte wieder. Boeden trat noch 1952 in Nordrhein-Westfalen in die Gewerkschaft ein, wechselte dann 1956 automatisch in die Kreisgruppe BKA, die damals noch Teil des Landesbezirks Hessen war. Erst 1962 wurde die BKA-GdP ein eigener Bezirk. Und als Boeden 1987 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde, war seine Gewerkschaft auch schon da: Die GdP bildet bekanntlich beim BfV eine von vier Kreisgruppen unter dem Dach des Bezirks Bundeskriminalamt.

Gerhard Boeden hat sich in unterschiedlichen Positionen für die Gewerkschaft der Polizei verdient gemacht. Einerseits als ihr Mitglied mit Anregungen und Impulsen, der Übernahme von Funktionen, andererseits als ein fairer und verlässlicher Ansprechpartner in BKA und BfV, mit seinem stets offenen Ohr für die Anliegen der GdP. In Anerkennung seiner Verdienste ernannte ihn die Gewerkschaft der Polizei zum Ehrenmitglied. Die GdP trauert um Gerhard Boeden.

rho





**Szenenfoto aus „Themba“**

von Südafrika. Doch Themba muss sich einer harten Wahrheit stellen. Durch die Vergewaltigung wurde er selbst mit HIV infiziert und muss nun um seine Karriere als Fußballer fürchten.

Stefanie Sycholt erzählt das Drama um Themba in wunderbaren Portraits und Landschaftsaufnahmen, die Filmmusik drückt die Lebensfreude Afrikas ebenso aus wie die intensiven Gefühle der Hauptfiguren. „Ich will mit dem Film etwas in Gang setzen. Denn es ist immer noch ein großes Problem vieler AIDS-Kranker, nicht über ihre Krankheit zu sprechen“, sagte die Regisseurin. „Themba zeigt die Hoffnung vieler Menschen und nicht nur



**DGB-Landesvorsitzender Hartmut Tölle überreichte der Regisseurin Stefanie Sycholt den Preis „Die Sinne“ bei der Filmfest-Gala am 6. Juni im Neuen Theater in Emden.**

**Foto: Filmfest Emden-Norderney**

Armut und AIDS.“ Ihr Film zeichnet ein realistisches Bild von Südafrika. Auch

nach dem Ende der Apartheid sind die Chancen in Südafrika nicht gerecht verteilt. Fußball erscheint vielen Kindern als Ausweg aus dem sozialen Elend.

Der DGB-Filmpreis wurde in diesem Jahr bereits zum dreizehnten Mal vergeben. Gestiftet wird das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Der niedersächsische Landesvorsitzende Hartmut Tölle sagte bei der Preisverleihung in Emden: „Wer an der Kultur spart, spart an der Zukunft und gibt sich letztlich selbst auf.“

Mit seinem Preis will der Deutsche Gewerkschaftsbund einen Akzent bei der Filmförderung setzen. Gefördert werden Regisseurinnen und Regisseure, die sich in ihren Filmen engagiert, einfallsreich, aber auch unterhaltend mit gesellschaftlich wichtigen Themen auseinandersetzen.

Die Regisseurin kündigte an, einen Teil des Preisgeldes an das Kinderheim in Südafrika zu stiften, in dem ein Teil des Films gedreht wurde. In den deutschen Kinos startet Themba Anfang August.

**Tina Kolbeck**



# EuroCOP-Unterausschüsse bieten pragmatische Unterstützung

**Zentralen Aufgabe des Europäischen Verbands der Polizei EuroCOP ist es, im Sinne der Polizeibeschäftigten in ganz Europa auf die europäische Politik Einfluss zu nehmen. In einem Dachverband von mittlerweile 36 Gewerkschaften und Berufsorganisationen der Polizei sind der gegenseitige Austausch und die gegenseitige Unterstützung ein immer wichtigeres zusätzliches Arbeitsfeld für EuroCOP geworden. Dieses Arbeitsfeld wird in Zukunft hauptsächlich durch die drei seit 2008 bestehenden Unterausschüsse in EuroCOP gestaltet werden.**

Nachdem die Unterausschüsse in den vergangenen zwei Jahren wichtige grundlegende Positionen für EuroCOP, wie etwa eine gemeinsame Charta für Kollektivrechte von Polizeibeschäftigten, entwickelt haben, hat das EuroCOP-Komitee auf seiner Frühjahrstagung im Mai diesen Jah-

Polizeigewerkschaften ihr 20 Jähriges Bestehen. Daneben gibt es aber auch Polizeien, in denen die Gewerkschaftsbewegung erst in den letzten Jahren Fuß gefasst hat. Hierzu zählen die Polizeien in Lettland oder Rumänien, aber auch die Polizeien mit militärischem Personalstatut in Spanien und Portugal.

Genau hier setzen die Unterausschüsse an, die in drei zentralen Bereichen Erfahrungen und Wissen für alle Mitgliedsorganisationen verfügbar machen: Unter dem Titel „sozialer Dialog“ werden grundlegende Fragen des Gewerkschaftsaufbaus sowie der Schaffung einer schlagkräftigen Organisation behandelt. „Wir haben uns die Frage gestellt, was eigentliche eine erfolgreiche Gewerkschaft in der



**Frank Richter (2. v. l.) mit den damaligen Unterausschussmitgliedern im März 2009 in Bratislava (v.l.): Peer Withagen (Dänemark), Miroslav Litva (Slowakei), Armando Ferreira (Portugal), Philip van Hamme (Belgien)**

**Fotos: JV**

res jetzt eine Neuausrichtung beschlossen: Konkretes neues Ziel der Unterausschüsse ist es, die gewerkschaftliche Arbeit in der Polizei in Europa auf ein gemeinsames Niveau zu bringen. „Aus unserer Sicht ist das langfristig eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir gemeinsam etwas erreichen können“, so EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer. „Wir müssen uns aktiv mit den teilweise großen Unterschieden zwischen den Mitgliedsorganisationen von EuroCOP auseinandersetzen und dafür sorgen, dass wir voneinander lernen können.“

Eine wichtige Ursache bestehender Unterschiede ist die Zeit, die für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Polizei zur Verfügung stand. In Osteuropa feiern in diesem und im nächsten Jahr viele

Polizei ausmacht“, so Frank Richter, der wesentlich an der Vorbereitung des neuen Konzepts beteiligt war und die Arbeit in Zukunft zwar nicht mehr als Mitglied des Unterausschusses, dafür aber als Mitglied des EuroCOP-Exekutivkomitees weiter verfolgen wird. Herausgekommen ist ein umfangreicher Prüfkatalog mit Anregungen für die tagtägliche Gewerkschaftsarbeit.

Zweiter zentraler Bereich ist der Arbeitsschutz. Der Mindeststandard für die Mitbestimmungsrechte aller Arbeitnehmer und damit grundsätzlich auch aller Polizeibeschäftigten wird hier durch europäisches Recht gesetzt. Über den Unterausschuss können Mitgliedsorganisationen praktische Erfahrungen für eine erfolgreiche

gewerkschaftliche Mitbestimmung in diesem Bereich abrufen.

Als drittes wichtiges Feld hat das EuroCOP-Komitee die Gleichberechtigung besonders herausgestellt. EuroCOP-Mitgliedsorganisationen haben sich bereits 2008 mit einer Gender-Mainstreaming-Charta dazu verpflichtet, der Gleichberechtigung der Geschlechter in ihrer eigenen Arbeit größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. An der Entwicklung der Charta war für die GdP Elke Gündner-Ede maßgeblich beteiligt. „Es ist zum einen wichtig, dass die Organisationen, die bereits einen gewissen Stand erreicht haben,



**Elke Gündner-Ede, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, arbeitet im EuroCOP-Unterausschuss Gleichberechtigung – hier im Gespräch mit Albertine Sauwens (Belgien).**

anderen mit ihren Erfahrungen helfen. Letztlich profitieren aber alle von einem intensiven Austausch“, so Elke Gündner-Ede, die auch in Zukunft als eines von fünf Mitgliedern im Unterausschuss Gleichberechtigung aktiv mitarbeiten wird. Über den Unterausschuss können erfolgreiche Strategien zur praktischen Umsetzung der Gleichberechtigung abgefragt werden.

Das Konzept für die Unterausschüsse, dass auf der Frühjahrstagung von EuroCOP im Mai diesen Jahres in Krakau verabschiedet wurde, sieht dabei vor, dass Mitgliedsorganisationen weit mehr als nur Papier über die Unterausschüsse abrufen können. „Unser wichtigstes Anliegen war es, eine so professionelle wie pragmatische Unterstützung zu organisieren“, so EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer. In der Praxis werden die Mitglieder der Unterausschüsse daher Partnerschaften mit einzelnen Mitgliedsorganisationen organisieren und sie aktiv dabei unterstützen, eine Strategie zu entwickeln und diese auch umzusetzen.

**ju**





# Einsatz in Askania

**Lehnin in Brandenburg – wo ist das denn? Kaum ein Bundespolizist oder eine Bundespolizistin hatte je diesen Namen gehört, der für eine Vielzahl von ihnen von Ende Mai 2010 an Dienort und Ort der Durchführung der Europäischen Polizeiübung – European Police Forces Training (EUPFT 2010) – sein sollte. Hier war ab Juni 2010 der Ort der fiktiven Europäischen Polizeimission EUPMIR (European Police Mission in Rona).**

### Wie war es dazu gekommen?

Im Auftrag und finanziert durch die Europäischen Kommission waren seit 2008 Europäische Polizeiübungen durchzuführen. Nach St. Astier (Frankreich 2008) und Vicenza (Italien 2009) bekam Deutschland – und hier die Bundespolizei – für 2010 den Auftrag, eine Polizeiübung für geschlossene Polizeieinheiten zu planen und auszurichten. Das Training für mehr als 600 Polizeivollzugsbeamtinnen

eine realistische Umgebung Grundlage für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit europäischer Polizeieinheiten sein sollte: Der Übungsplatz Lehnin in Brandenburg mit einer Fläche von insgesamt fast 7.000 ha und seinen drei detailgetreu gestalteten Ortschaften wurde von Dezember 2009 Gegenstand aller Betrachtungen und Planungen der Projektgruppe EUPFT 2010. Hier finden sich „echte“ Häuser, einige mit vollständigem

der Auslandseinsatzhundertschaft der Bundespolizei 2007) waren alle Bundespolizeiabteilungen mit der Anlage der insgesamt 6 Einzelübungen befasst: Neben der Erstellung eines Operationsplans, der Entwicklung und Ausgestaltung der jeweiligen taktischen Lage musste auch der „Kleinkram“ nebenher organisiert werden. Von alten Autos über (künstliche) Leichteile bis hin zu Wahlplakaten mussten alle „accessoires“ passend gemacht werden, gilt es doch bei den Übungen alle Aspekte polizeilicher Arbeit realistisch darzustellen. Verkehrsunfälle, Sprengstoffanschläge und Wahlkampfveranstaltungen bilden das Szenario, das sich vom ersten bis zum letzten Übungstag durch die Übung ziehen wird.

Schwerpunkte dieser Übung sollten

neben den Standardmaßnahmen geschlossener Einheiten insbesondere sein:

- Verhältnismäßigkeit aller polizeilichen Maßnahmen
- Erhöhung der Nachhaltigkeit von Eingriffsmaßnahmen durch gerichtsverwertbare Beweissicherung/Dokumentation
- taktischer Lufttransport von Polizeikräften sowie luftgestützte taktisch/technische Unterstützung
- Einsatz von Spezialkräften (z. B. Entschärfer, Wasserwerfer- und Sonderwageneinheiten, Diensthundeführer etc.)



und -beamte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland sollte typische Missionslagen beinhalten und mit international zusammengesetzten Einheiten stattfinden.

Bereits im April 2009 wurde daher in der Direktion Bundesbereitschaftspolizei unter der Leitung des Ständigen Vertreters des Präsidenten LtDPD Ludwig Rippert die Projektgruppe EUPFT 2010 eingerichtet. Mögliche Übungsräume mussten erkundet, Budgetplanungen getroffen und eine Lage mit allen Details entwickelt werden. Schnell war klar, dass

Innenausbau und Kellerräumen, 150 m Kanalnetz, Fußgängerunterführungen, ein Flugplatz sowie ein Bahnhofsbereich mit Gleisanlage.

### Teamarbeit statt Stückwerk

Teamarbeit in der Vorbereitung war bereits seit dem Sommer 2009 angesagt: Unter der Leitung von LtDPD Alfred Schmitt (Führer Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin, bereits Leiter der Mentorengruppe bei der Verwendungsfortbil-

### Vorbereitungsseminar im April 2010 in Blumberg

Nachdem Ziele und Organisation der Übung definiert, das Szenario geschrieben und die logistischen Anforderungen mit allen Beteiligten besprochen waren (dies stellte eine besondere Herausforderung dar, denn auf BPOL-eigene Infrastruktur konnte nicht zurückgegriffen werden), fehlte nur noch eins: „die übende Truppe“. Gleich einer europäischen oder einer anderen internationalen Mission wurde im





## INTERNATIONALE POLIZEIÜBUNG

Rahmen eines Vorbereitungsseminars im April 2010 in Blumberg bei Berlin der Call for Contribution (Kräfteaufruf) vorgestellt, der die Personalforderungen für die fiktive Polizeimission darstellt:

2 Formed Police Units (FPU) mit je vier Einsatzzügen,

1 Integrated Police Unit (IPU) mit einem geschützten Zug (armoured platoon), einer Zugriffskomponente (special intervention unit) sowie zwei Einsatzzügen (general policing platoons),

1 Special Police Unit (SPU) mit einer Ermittlungsgruppe (crime investigations/observations), einer Personenschutzgruppe (close protection team), einer technischen Einsatzinheit (technical assistant unit),



**Hoher Besuch aus Brüssel: Das Komitee für Ziviles Krisenmanagement der EU CIVCOM überzeugt sich von der Leistungsfähigkeit europäischer Polizeikräfte.**

Hauptquartier, das von einem Head of Mission (Polizeiführer) geleitet wird.

handen und nutzbar gewesen wäre, gab es am Truppenübungsplatz jedoch nicht. Fachkräfte der Bundespolizei mussten daher neben anderen logistischen Aufgaben und mit viel Aufwand insbesondere die erforderlichen Funknetze (digital und analog) errichten, IT-Netze schalten und Arbeitsplätze einrichten. Alles wurde jedoch rechtzeitig fertig.



**Der französische Head of Mission, LtCol Christophe Brochier (l.), weist einen italienischen Kollegen in die Lage ein**

sowie einer Entschärfergruppe (EOD-IEOD).

Geführt werden diese Kräfte von einem



**Joseph Scheuring, Vorsitzender Bezirk Bundespolizei der GdP, Sven Hüber, Vorsitzender Bundespolizeihauptpersonalrat und Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der GdP, (v.l.) bei der Einweisung in die Internationale Polizeiübung EUPFT 2010**

Bereits bei diesem Treffen im April wurden die Erwartungen mehr als erfüllt: 16 Nationen stellten die insgesamt 317 Polizistinnen und Polizisten, die für den ersten Übungsdurchgang notwendig sind. Von einzelnen Spezialisten bis hin zu ganzen Einsatzzügen reichten die Angebote, so dass beide Übungsdurchgänge schnell zusammengestellt werden konnten und für die Durchführung der Übung nun – bis auf die Herrichtung des Übungsraumes – alle Voraussetzungen erfüllt waren.

### Vorbereitungen auf dem Truppenübungsplatz Lehnin

Eine funktionierende Kommunikation ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Übungsdurchführung. Infrastruktur, die für polizeiliche Zwecke ausreichend vor-

### Anreise nach Brandenburg

Mit der Anreise des Headquarters am Freitag vor der Ankunft des Hauptkontingentes begann nun die Übung: 16 Polizistinnen und Polizisten aus 10 Nationen arbeiteten sich in die Lage ein und stellten in nur drei Tagen die Arbeitsfähigkeit dar. Ab Sonntag, den 6. Juni füllte sich die Unterkunft in Lehnin – 50 km südwestlich von Berlin – mit ausländischen Polizeikräften. Anreisende per Bus, Flugzeug aber auch mit eigenen Führungs- und Einsatzmitteln prägten nun das Bild der Liegenschaft. Am Montagmorgen konnte Friedrich Eichele, der Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, alle gemeldeten ausländischen und deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrü-

#### Das Szenario

Askania, fiktives Land im Herzen Europas, hat eine 60 % Majorität der Prussi und eine 20 % Minorität der Franca. In der Provinz Rona kehren sich diese Verhältnisse jedoch um: hier haben die Franca das Sagen und Übergriffe gegen die Prussi-Minderheiten führen zu einem Bürgerkrieg, der erst durch eine fiktive Europäische Militärmission in Askania (EMMA) beendet werden kann. Erst nach Ende des militärischen Konfliktes kommt die EUPMIR mit einem Mandat der Europäischen Union zum Einsatz.







## INTERNATIONALE POLIZEIÜBUNG

ßen sowie Beobachter „aus aller Welt“: Experten aus den Niederlanden, Malta, aber auch Jordanien, China und Indien waren dem Ruf nach Brandenburg gefolgt, um sich über verbandspolizeiliche Einsätze zu informieren.

### Gemeinsame Trainings bereiten auf Übungen vor

Nach ersten organisatorischen Maßnahmen setzten bereits am Dienstag der ersten Woche Trainings ein, um gemeinsame Standards zu erreichen: Lufttransportausbildung mit Super-Pumas der Bundespolizeifliegergruppe standen ebenso auf dem Programm, wie eine Darstellung verschiedener Taktiken.

Ab Mittwoch wechselten sich die Übungen und Trainings ab:



**Aufzugsbegleitung durch Kräfte der Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin**

- Streifendienst in einem fiktiven Missionsgebiet mit anschließender Geisellage
- Durchführung polizeilicher Maßnahmen nach einem Bombenanschlag
- Durchführung polizeilicher Maßnahmen aus Anlass einer Wahlkampfveranstaltung
- Personen-, Strecken-, Raum- und Objektschutz anlässlich eines VIP-Besuchs
- Begleitschutz/Evakuierung sowie
- Durchführung polizeilicher Maßnahmen aus Anlass einer Parlamentswahl im Missionsgebiet waren die Szenarien, die es zu bewältigen galt.

### Vielfältige Resonanz

Am Freitag, dem 11.6.2010 besuchte als erste Gäste der Bundesvorsitzende der GdP, Herr Konrad Freiberg, zusammen mit Herrn Josef Scheuring, dem Vorsitzenden des Bezirkes Bundespolizei der GdP, und weiteren GdP-Vertretern



**Lufttransportausbildung mit französischen Polizeikräften**

**Fotos (7): Direktion Bundesbereitschaftspolizei**

sowie Polizeiführern von Bundespolizei und Landespolizei die Übung.

Interesse galt den Leistungen der multinationalen Einheit ebenfalls aus ganz Europa: Die CIVCOM (Committees for Civilian Aspects of Crisis Management = Ziviles Krisenmanagement der EU) nahm sich zwei Tage Zeit, um sich von der Leistungsfähigkeit der Kräfte zu überzeugen. Weitere

der vier multinationalen Einheiten.

Aufgelockert lediglich durch ein Betreuungswochenende mit Wettkampf (Cohesion Day) und Sightseeing in Berlin steigerten sich die Anforderungen hin zu einer Abfolge von drei Übungen hintereinander in der zweiten Übungswoche, die am Mittwoch mit fordernden Einlagen – auch außerhalb von Lehnin – ihren Abschluss fanden.

Im Rahmen der Abschlusszeremonie konnte Präsident Friedrich Eichele feststellen, dass die Mission ihr Ziel erreicht hat und die Übungstruppe in faszinierend kurzer Zeit zueinander gefunden hat. „You are really a successful team“, so das Resümee von Präsident Eichele in seiner Abschlussrede vor den mehr als 300 Teilnehmern.



**Ethnische Polizisten im Einsatz im Rahmen einer gewalttätigen Demonstration**

Gäste, u. a. der Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums, Herr Dr. Frehse, überzeugten sich gleichfalls vor Ort von der schnell gewachsenen Zusammenarbeit

heißt in Lehnin: „Head of Mission – its up to you...“

**Stefan Windisch,  
Bundespolizeiabteilung Ratzburg**







# „Chancengleichheit in der Polizei“ ist besonders wichtig

**Mit großen Plänen und viel Fleiß ist der Vorstand der Frauengruppe (Bund) bei seiner ersten Sitzung (im Mai) nach der Bundesfrauenkonferenz (BFK) im März 2010 in Potsdam in die neue Amtszeit gestartet. Abgeleitet aus den Beschlüssen der BFK und ausgezeichnet vorbereitet durch die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes konnte das Gremium eine erste Arbeitsplanung für die kommenden vier Jahre erstellen und Anträge für den GdP-Bundeskongress im November 2010 vorbereiten.**

Die Aufträge der Bundesfrauenkonferenz fest im Blick, entschieden sich die Kolleginnen des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) zunächst für die Weiterleitung eines guten Dutzend von Anträgen an den GdP-Bundeskongress, die sich unterschiedlichen Themen widmen, darunter die Forderungen nach einem geschlechtergerechten Gesundheitsmanagement in der Polizei und einem Gender-Check im Beamtenrecht.

## Antrag „Chancengleichheit in der Polizei“ schärft GdP-Profil

Besonders wichtig ist den Kolleginnen der inzwischen mit zahlreichen weiteren Inhalten angereicherte Leituantrag der Bun-

deschluss das frauen- und gleichstellungspolitische Profil der GdP schärfen könnte: Formuliert werden Forderungen an die Dienstherren in Bund und Ländern, nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einer Optimierung der Personalplanung zum Ausgleich familienbedingter Ausfallzeiten sowie der Einführung geeigneter Zielvorgaben zur Förderung von Frauen. Der GdP-Bundesvorstand soll beauftragt werden, sich künftig bei der Innenministerkonferenz für diese Anliegen stark zu machen sowie Studien zur Situation von Frauen und zu den Ursachen der noch immer vorhandenen geschlechterspezifische Entgeltungleichheit (Gender Pay Gap) zwischen Frauen und Männern in den Po-

lizeien der Länder und des Bundes in Auftrag zu geben. Darüber hinaus soll sich die GdP künftig im Rahmen ihrer gewerkschaftspolitischen Aktivitäten innerhalb der eigenen Organisation verstärkt der Chancengleichheit in der Polizei annehmen mit dem Ziel, das Thema für Ehrenamtliche, Personalräte sowie Gleichstellungsbeauftragte zielgruppengerecht aufzubereiten und für die Mitgliedergewinnung zu nutzen.

Zu diesem Themenschwerpunkt hat der Bundesfrauenvorstand bereits eine AG „Chancengleichheit“ eingerichtet. Sie wird auf Basis der BFK-Beschlüsse Daten und Fakten zur

Situation von Frauen in der Polizei zusammentragen und einer Analyse unterziehen. Die Kolleginnen wollen daraus ganz

konkret den Handlungsbedarf ableiten, in welcher Form sich die GdP am besten für geschlechtergerechte Beurteilungen, faire Aufstiegschancen und Entgeltgleichheit in der Polizei einsetzen kann.

## Zur Verbesserung der Work-Life-Balance neue Arbeitsformen prüfen

In einem intensiven Arbeitsprozess nutzten die Vertreterinnen der Landesfrauengruppen darüber hinaus die Gelegenheit und entwickelten aus den Ergebnissen der Studie zur Work-Life-Balance Ehrenamtlicher in der GdP, die erheblichen Veränderungsbedarf in den Arbeitsformen aufzeigt, einen weiteren Kongressantrag. Weil künftig erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ohne eine größere Ausgewogenheit von Beruf, Privatleben und Ehrenamt nicht zu leisten ist, muss der GdP-Bundesvorstand nach Auffassung der Kolleginnen dringend prüfen, welche technischen Möglichkeiten und rechtlichen Regelungen erforderlich sind, um neue Sitzungsformen und zusätzliche Wege der Beschlussfassung zu nutzen, die arbeitsteilige Wahrnehmung von Wahlämtern zu realisieren und die zeitlich befristete, projektorientierte Mitarbeit von Mitgliedern zu fördern.

## Frauenförderplan zeitgemäß gestalten

Eine gründliche Debatte führte der Bundesfrauenvorstand außerdem über die Repräsentanz von Frauen in den Gewerkschafts- und Personalratsgremien der GdP. Die Kolleginnen kamen zu dem Schluss, dass nach fast 30 Jahren der Teilhabe von Frauen am allgemeinen Vollzugsdienst und bei einem weiblichen Mitgliederanteil von 22 % das Ziel des 13 Jahre alten Frauenförderplanes noch immer nicht erreicht ist: „In den Gremien auf Bundes- und Landesebene sind Frauen häufig nicht ihrem Anteil in der Mitgliedschaft entsprechend vertreten. Mit einer Überarbeitung des Frauenförderplanes wollen die Kolleginnen nun einen Beitrag dazu leisten, dem Mangel an Frauen in GdP-Gremien zu beheben. Durch einen entsprechenden Antrag an den Bundeskongress sollen die Verantwortlichen in der GdP auf dieses Defizit aufmerksam und in ihrer Motivation gestärkt werden, Frauen künftig gemäß ihrem Anteil an der Mitgliedschaft auch in die gewerkschaftspolitische Arbeit der GdP einzubinden.“

weu



**Die Soziologin Margaretha Müller präsentierte dem Bundesfrauenvorstand die Ergebnisse ihrer Studie zur Work-Life-Balance Ehrenamtlicher in der GdP. Fazit: Die GdP nimmt die Belastung ihrer Funktionäre und Funktionärinnen durch berufliches Engagement, Privatleben und Ehrenamt wahr – allerdings sei in der Organisation noch nicht ausdiskutiert, welche Anforderungen sich daraus für die Gestaltung einer zukunfts- und handlungsfähigen Gewerkschaft ergeben, die besonders stark auf das Ehrenamt setzt.**  
Foto: Weusthoff

desfrauenkonferenz „Chancengleichheit in der Polizei“. Sie sind überzeugt, dass der GdP-Bundeskongress mit einem solchen





## Sabrina Kunz: Das Interview

Die Junge Gruppe hat eine neue Vorsitzende. Ihr Name ist Sabrina Kunz, sie ist 29 Jahre jung und stammt gebürtig aus Rheinland-Pfalz. Da es aber noch viel mehr Interessantes über Sabrina zu wissen gibt, habe ich sie um ein kurzes Interview zu ihrer Person gebeten.

**Liebe Sabrina, bitte erzähle uns kurz die Eckpunkte Deines polizeilichen Werdegangs.**

Meine polizeiliche Laufbahn habe ich 1997 im mittleren Dienst begonnen, im Jahr 2003/2004 folgte dann der Aufstieg in den gehobenen Dienst und seit 2009 befinde ich mich in der Ausbildung für den höheren Dienst. Ich verrichtete sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich meinen Dienst im Wach- und Wechseldienst, ehe ich den sog. Durchlauf in Zulassung für den höheren Dienst absolviert habe (Dienstgruppenleiterin, Lagearbeit, Stabsarbeit, Dienststellenleitung und Dezernatsleitung im LKA).

**Du bist schon lange GdP-Mitglied. Berichte uns doch bitte, wann und warum du Dich dazu entschlossen hast, in der Gewerkschaftsarbeit tätig zu werden und vor allem in die Junge Gruppe einzutreten:**

Daran kann ich mich noch gut erinnern. Das war im Jahr 2002 und das hängt insbesondere mit der damaligen politischen Willenserklärung in Rheinland-Pfalz zusammen, die Lebensarbeitszeit verlängern zu wollen. Ich wollte mich einmischen und für meine Zukunft Verantwortung übernehmen. Darüber hinaus war es mir besonders wichtig, Strukturen zu schaffen, die es jungen Kolleginnen und Kollegen ermöglichen, Informationen zu erhalten, die nicht so einfach verfügbar waren. Daher entschied ich mich, die Junge Gruppe auch in Koblenz zu etablieren.

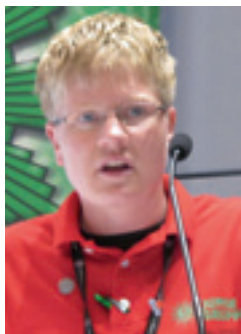
**Und warum hast Du Dich für die GdP entschieden?**

Das liegt auf der Hand. Die GdP ist die größte Solidargemeinschaft in der Polizei und das ist sie daher, weil sie die beste, kompetenteste, aktivste und sympathischste polizeiliche Berufsvertretung mit vernünftigen Programmzielen ist. Für mich gab es da „Nichts“ zu überlegen.

**Es kommt ja nicht von ungefähr, dass Du für das Amt des Bundesjugendvorsitzen-**

**den kandidiert hast. Aber bitte erzähl uns doch noch einmal Deine Beweggründe:**

Ich denke, dass die Junge Gruppe noch aktiver und inhaltlich stärker werden sollte. Damit möchte ich sagen, dass wir versuchen sollten, uns personell und auch inhaltlich besser zu positionieren. Wir wollen im gesamten Bundesgebiet ernst genommen werden und Einfluss ausüben, denn letztlich wollen wir nicht nur auf dem Papier existieren, sondern die Junge Gruppe leben. Diese Chance habe ich durch die Ausführung des Amtes gesehen und mich daher dafür entschieden.



**Die neue Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz. Foto: Holecek**

**Und wie wird Deine Arbeit in den nächsten vier Jahren aussehen?**

Der gesamte Bundesjugendvorstand und ich werden versuchen, gemeinsam für die Ziele der jungen GdP-Mitglieder einzustehen und dafür Sorge zu tragen, deren Interessen vehement zu vertreten.

**Liebe Sabrina, das hört sich alles sehr spannend an. Wir wünschen Dir für Deine Ziele bereits an dieser Stelle sehr viel Erfolg, den nötigen Biss und das Quäntchen**

**Glück, das auch ab und zu notwendig ist. Zuletzt möchten wir Dich fragen, wie Sabrina Kunz privat ist. Was sind Deine Hobbies, Deine Vorlieben? Und vielleicht magst Du uns ja auch erzählen, welche kleinen Macken Du hast?**

Ich wohne in einem schönen Eigenheim in der noch schöneren Stadt Koblenz am Rhein. Ich bin ledig und habe keine Kinder, dafür aber ein wundervolles Patenkind (Polizistenkind – also für den gewerkschaftlichen Nachwuchs ist gesorgt). Neben der GdP sehe ich in der Jugendbildungsarbeit, aber auch im Laufen und in Kinobesuchen meine Hobbies. Ich habe mir zumindest das Ziel gesetzt, im nächsten Jahr nach dem diesjährigen Halbmarathon einen ganzen Marathon zu laufen; wir werden sehen. Es ist mir sehr wichtig, ein gesundes soziales Netzwerk zu haben, insofern unternehme ich viel mit meinen Freunden.

Macken habe ich sicherlich mehr als genug, sonst wäre ich gewerkschaftlich sicherlich nicht so aktiv. Zu meinen „Kernmacken“ zählen neben Überpünktlichkeit, mein Perfektionismus, die manchmal zu hohe Erwartungshaltung an andere Menschen und die grundsätzliche Neigung, alles selbst machen zu müssen. Ich pflege einen sehr direkten Kommunikationsstil, der aber nicht immer nur negativ ist.

**Sabrina, Dir vielen Dank, dass Du Dir die Zeit genommen hast.**

Ja vielen Dank. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht.

**Das Gespräch führte Torsten Rohde**

## Keine Satzungsänderung des DGB zu Lasten der Jungen Gruppe (GdP)

Sehr erleichtert und zufrieden zeigte sich der Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP), nachdem fest stand, dass die Personengruppen der Gewerkschaften auch weiterhin einen direkten Einfluss auf die gewerkschaftlichen Entscheidungen des DGB besitzen. Das zunächst vorgelegte Strukturreformpapier des DGB sah in der ursprünglichen Fassung vor, dass Jugend, Frauen und Senioren durch die jeweiligen Vorstände „beratend zu den Sitzungen

eingeladen werden können“. Demnach wäre das Anwesenheits- und Stimmrecht der Personengruppen mit Füßen getreten worden. Anlass für die Junge Gruppe (GdP) einen Brief an die GdP zu formulieren, hier ein Auszug:

„Die Junge Gruppe (GdP) sieht sich als Teil der Gewerkschaftsjugend im Deutschen Gewerkschaftsbund und kann diese Vorgehensweise absolut nicht







nachvollziehen. Wir alle, die wir mit der gewerkschaftlichen Nachwuchsarbeit und Nachwuchswerbung beschäftigt sind, wissen, dass es immer schwieriger wird, junge Menschen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Nun wird durch die hier niedergeschriebene Formulierung ‚können‘ den Vorständen die Kompetenz zugestanden, nach ihren persönlichen Vorstellungen ‚Jugend‘ zu den Sitzungen hinzuzuziehen. Aus unserer Sicht versteht es sich von selbst, dass junge Menschen, die sich in die Gewerkschaftsarbeit mit einbringen wollen, auch die Möglichkeit erhalten sollten, in allen denkbaren Ebenen und gewerkschaftlichen Strukturen mitzuwirken.“ Immer wieder angeschoben

durch die Junge Gruppe (GdP) folgten Diskussionen in allen gewerkschaftlichen Gremien.

Vor allem aufgrund der großen Unsicherheit bezüglich der Entscheidung des DGB-Bundeskongresses für oder gegen die Beibehaltung des Stimmrechts von Personengruppen, wurde dem Abstimmungsergebnis der Delegierten mit viel Spannung entgegengefeiert. Umso größer war daher die Freude bei den Mitgliedern der Jungen Gruppe (GdP), als die eindeutige Entscheidung zugunsten der Beibehaltung verkündet wurde.

Die GdP-Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz äußerte sich dazu wie folgt:

„Unter dem Aspekt der Nachwuchsförderung, aber auch um die Gewerkschaften nachhaltig zukunftsfähig zu erhalten, war dieses Ergebnis mehr als notwendig. Darüber hinaus muss insbesondere die Mitgliedswerbung auf Augenhöhe stattfinden, das bedeutet, dass wir junge Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen brauchen, die ihre Meinung artikulieren und sich in ‚allen‘ Gremien mit einbringen“. Ein besonderer Dank der Jungen Gruppe gilt der GdP-Frauengruppe (Bund) und der Seniorengruppe der GdP, die sich vehement für den Erhalt des Stimmrechts eingesetzt haben und einen maßgeblichen Anteil an diesem Ergebnis besitzen.

**SK/TR**

## WM 2010 – Südafrika zelebriert den Fußball



**Teilnehmer/innen besuchen die Veltins-Arena**

**Foto: Farr**

**Simon Farr**

„Ke Kako. Celebrate Africa’s Humanity.“ lautet das Motto der vor uns stehenden WM 2010. Dies heißt übersetzt „Fußballweltmeisterschaft. Feiert Afrika’s Menschlichkeit/Herzlichkeit“. 15 junge Kolleginnen und Kollegen trafen sich vom 12. bis zum 14. April 2010, um zu diesem Thema aus Sicht der Sicherheitsbehörden einen Blick auf diese riesige Veranstaltung zu werfen. Bereits am Anfang wurde jedoch deutlich,

dass Informationen zu den Sicherheitsvorkehrungen Afrikas nur bedingt erhältlich sind. Insofern war das Seminar darauf ausgerichtet, die Probleme beim Fußball allgemein, aber auch bei einem großen Turnier, wie der WM, zu beleuchten. Hierzu hielt Klaus Sitzer, Polizeidirektor in Gelsenkirchen einen interessanten Vortrag. Gemeinsam besuchten wir dann die „Veltins-Arena“. Vom ausfahrbaren Rasen bis zur

komfortablen Einsatzleitstelle wurden alle Bereiche der Arena unter die Lupe genommen. Danach gab es noch die Gelegenheit, im Fanshop einzukaufen. Im Anschluss stand Klaus Sitzer den Teilnehmern Rede und Antwort. Er zeigte u. a. auf, welche Auswirkungen die WM 2010 auf die Einsatzlage in Deutschland haben wird.

Im Besonderen dankt die Junge Gruppe (GdP) den Teilnehmer/innen, die ihren Dienst auch bei Fußballspielen absolvieren müssen, nutzten die Gelegenheit, um ihre eigenen Erfahrungen zu schildern und Verbesserungsvorschläge anzubringen. Zum Abschluss des Seminars wurde über die zunehmende Gewaltbereitschaft des polizeilichen Gegenübers, insbesondere bei Veranstaltungen wie z. B. Demonstrationen, Fußballspielen, gesprochen. Kritisch wurde hier diskutiert, ob eine neue Strafnorm, wie der von der GdP geforderte § 115 StGB, einen Lösungsansatz bietet. Einhellig wurde die Einführung begrüßt, zugleich aber auch angemahnt, dass die Gerichte die Möglichkeit des Strafrahmens nicht genügend nutzen. Es gibt keine Rechtfertigung für den Angriff auf einen Menschen.

### IMPRESSUM:

Herausgeber:  
Bundesarbeitsrat Junge Gruppe (GdP),  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21- 105;  
Fax: (030) 39 99 21 -200  
www.gdp-junge-gruppe.de  
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion: Torsten Rohde





## Frauen im Polizeidienst zwischen Rettungsarbeit und Sittenschnüflei

Im deutschen Kaiserreich war Prostitution grundsätzlich verboten, wenn nicht die Polizei für die Prostituierten Verhaltensregeln erließ und diese streng kontrollierte. Gegen ein solches System der Reglementierung der Prostitution durch die Sittenpolizei wehrte sich die bürgerliche Frauenbewegung aus moralischen und frauenemanzipatorischen Motiven heraus. Mit Hilfe einer starken Öffentlichkeitsarbeit übten die organisierten Frauen Druck auf die Polizeiverantwortlichen aus und verlangten Reformen. Dazu gehörte auch die Einstellung erster Polizeiasistentinnen, um auf die Prostituierten moralisch einwirken zu können.

Die Frauenbewegung erreichte damit mehrere Ziele gleichzeitig. Es wurden einmal Berufsmöglichkeiten für bürgerliche Frauen geschaffen in Form öffentlicher Ämter mit entsprechendem Sozialprestige. Gleichzeitig konnten die Frauen des Bürgertums durch ihr Einwirken auf die Prostituierten ihren Beitrag zum Kampf gegen die Unsittlichkeit in der Gesellschaft leisten.

Die Arbeit der ersten Polizeiasistentinnen entwickelte sich aber nicht konfliktfrei. Schließlich lag ihr Handeln zwischen Frauenbewegung und männlich dominierter Polizei auf der einen Seite und polizeilicher und sozialer Arbeit auf der anderen. Ein spannungsreicher Prozess, der die Form der frühen weiblichen Polizeiarbeit nachhaltig prägte.

**Das Aufbegehren der bürgerlichen Frauenbewegung gegen die Sittenpolizei des Kaiserreichs und der erste Versuch**



**weiblicher Polizeiarbeit in Deutschland (1875-1914), Frauen im Polizeidienst zwischen Rettungsarbeit und Sittenschnüflei, Dirk Götting, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010, 533 Seiten, 27,90 Euro, ISBN 978-3-86676-105-6**

## Gewerkschaftsrechte im Betrieb

Gewerkschaften werden gebraucht – gerade in schwierigen Zeiten. Was können sie tun, wenn es im Betrieb Probleme gibt? Ihre wichtigsten Rechte sind nicht im Gesetz festgeschrieben, sondern finden sich in der Rechtsprechung. Das schafft erheblichen Informationsbedarf. Die Neuauflage des Standardwerks von Wolfgang Däubler gibt Antworten im Stile eines Kommentars. Dabei werden alle Handlungsmöglichkeiten einbezogen – von der Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat über das Vorgehen gegen tarifwidrige Betriebsvereinbarungen bis hin zur Verteilung von Werbematerial und zur Unterschriftensammlung.



Besondere Aufmerksamkeit finden Probleme, die in den letzten Jahren neu aufgetaucht sind. In etlichen Betrieben haben sich mittlerweile mehrere Gewerkschaften etabliert; welche Regeln gelten untereinander und beim Umgang mit dem Betriebsrat? Wie behandelt man Organisationen, die von der Konzernspitze ferngesteuert sind („trojanische Pferde“)? Auch der Ort „Betrieb“ hat sich verändert. Wie steht es mit dem gewerkschaftlichen Zugangsrecht, wenn er sich innerhalb eines anderen Betriebes befindet (Beispiel „shop in the shop“)? Welchen Gebrauch kann die Gewerkschaft von der elektronischen Kommunikation

machen? Darf sie auch das Intranet quasi als elektronisches Schwarzes Brett nutzen? **Gewerkschaftsrechte im Betrieb, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Nomos Verlag, 11. Auflage, 2010, 353 Seiten, 34 Euro, ISBN 978-3-8329-4856-6**

## WSI Tarifhandbuch 2010

Das neue WSI-Tarifhandbuch informiert kurz und praxisnah über die wichtigsten Tarifdaten von 50 Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik Deutschland. Es spiegelt die aktuellen Tarifabschlüsse sowie die Tarif-Rechtsprechung. Schwerpunktthema 2010 ist die Bilanz von 20 Jahren Tarifpolitik in Ostdeutschland. Wie hat sich das Tarifniveau Ost/West entwickelt? Wie stark ist die Tarifbindung? Welche Aufgaben hat die aktuelle Tarifpolitik in den neuen Ländern?



Das Tarifhandbuch 2010 enthält:

- Aktuelle Tarifabschlüsse 2009/2010
- Hintergrundinformationen zu aktuellen tarifpolitischen Themen
- Wichtige Tarifdaten in Tabellen und Grafiken
- 50 Wirtschaftszweige mit ihren tariflichen Regelungen und Leistungen
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- Das Tarifvertragsgesetz im Wortlaut
- Ein Glossar mit rund 150 Fachbegriffen der Tarifpolitik
- Tarifpolitik im Internet

**WSI-Tarifhandbuch 2010 – Schwerpunkt: 20 Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland, Hans-Böckler-Stiftung, Bund Verlag, 2010, 284 Seiten, 4. Auflage, 19,90 Euro, ISBN 978-3-7663-3990-4**



Deutsche  
**Polizei**

Nr. 7 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:** www.gdp.de  
**Redaktion Bundestell:** Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)  
**Gewerkschaft der Polizei,** Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

### Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

### Titel

Foto: dpa

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiter:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
174.297 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
DruckMedien  
Markweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

